Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55. Donnerstag, den 6. März 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Spiegelfechterei.

Außerordentliche Abgaben der wohlhabenden und reichen Schichten der Bevölkerung sind bisher von den öffentlichen Gewalten nur unter außerordentlich kritischen Umständen, in Kriegs- oder Revolutionszeiten, gefordert worden. Im Deutschen Reich erleben wir nun den merkwürdigen Fall, daß dergleichen in Friedenszeiten geschieht. Die Besitzer der Vermögn von 30 000 Mark oder 50 000 Mark an, nach anderer Version schon von 15 000 Mark an, sollen mit einer einmaligen Abgabe in der Höhe von insgesamt etwa einer Milliarde belegt werden und die ganze Summe soll nicht etwa für die Wohlfahrt der großen Masse des Volkes verwendet werden, sondern dem unersättlichen Militarismus in seinen gähnenden Rachen gesteckt werden. Wir kennen die Skala noch nicht, nach der diese Abgabe umgelegt werden soll; jedenfalls werden nach bisherigem Brauch die kleinen und mittleren Vermögen am stärksten herangezogen und die großen Vermögen im Verhältnis geschont werden. Daß auch die Fürsten von dieser einmaligen Abgabe nicht verschont bleiben sollen, das soll zeigen, daß es diesmal wirklich Ernst damit ist, die „schwächeren Schultern“ zu schonen und den großen Besitz zu belasten.

In der Tat nimmt sich diese Maßregel auf den ersten Blick ganz „revolutionär“ aus. Sie erinnert an den Antrag des revolutionären Sozialisten Arnaud Barbès in der französischen Nationalversammlung von 1848, der den Reichen eine Vermögensabgabe von einer Milliarde auferlegen wollte. Aber die historische Parallele trifft nur in der Form zu, denn Barbès wollte diese Summe für die Masse des darbenden Volkes verwendet wissen.

In der gesamten bürgerlichen Presse, ob sie nun industrielle oder agrarische Interessen vertritt, herrscht eine große Verblüffung. Die exorbitante Forderung wird mit Zurückhaltung, man könnte fast sagen mit Verschämtheit behandelt. Da alle versprochen haben, „Opfer“ zu bringen, so wollen sie vorerst noch das Nähere abwarten. Aber man macht aus seinen Bedenken kein Hehl. Die Maßregel ist „außerordentlich“ und „ungewöhnlich“. Mehrfach heißt es, in Friedenszeiten solle man nicht zu derartigen Mitteln greifen. Und ein Börsenblatt hat für seine heiße Liebe zum Vaterlande den für diesen Moment so recht geeigneten Ausdruck gefunden; es meint, die Maßregel könnte als der „letzte Rettungsanker“ erscheinen, auf den ein finanziell armes Land angewiesen sei, und solche „üblen Eindrücke“ müsse man vermeiden.

Dieser Widerstand wird lauter und lauter sich geltend machen und schließlich werden wir das Junkergebrüll vernehmen, daß das Portemonnaie der besitzenden Klassen nicht einem Reichstage anvertraut werden dürfe, der aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen ist.

Wenn es nun noch naive Leute gibt, die wirklich glauben, daß es diesmal tatsächlich sich darum handle, die besitzlosen Massen mit neuen großen Belastungen zu verschonen, so werden sie eines Tages eine schreckliche Enttäuschung erfahren.

Wir sind gewohnt, in steuerpolitischen Fragen den herrschenden Klassen stets das Schlimmste zuzutrauen. Und wir werden nicht fehlgehen, wenn wir es auch in diesem Falle tun.

Die einmalige Vermögensabgabe ist nur eine Kulisse, welche die Vorbereitung der neuen Attacke auf den Geldbeutel der großen Masse einstweilen verhüllen soll.

Nach der augenblicklichen Darstellung sieht es so aus, als ob die einmalige Vermögensabgabe die Hauptsache bei dem Plane der Deckung der neuen Heeresvermehrung sei. Aber diese Täuschung wird sich nicht aufrecht erhalten lassen. Denn die Hauptsache sind und bleiben die dauernden jährlichen Ausgaben. Ihre Höhe wird zurzeit noch verschieden angegeben; aber schwerlich werden sie viel unter einer Viertelmilliarde zurückbleiben. Und diese Viertelmilliarde wird vermutlich wiederum der breiten Masse des Volkes, und zwar in Form neuer indirekter Steuern aufgebürdet werden sollen.

Das läßt sich leicht erraten. Denn wenn die reichen und wohlhabenden Schichten sich von ihrem Vermögen eine Milliarde abzapfen lassen sollen für die einmalige Ausgabe, so werden sie alsdann mit allem Nachdruck betonen, daß sie nicht auch die dauernden Ausgaben allein tragen könnten. Und darum werden die für die dauernden Ausgaben erforderlichen jährlich 250 Millionen Mark aus neuen indirekten Steuern herauszuschlagen versucht werden. So wird es voraussichtlich kommen und die vorgeschlagene Milliarde an einmaliger Vermögensabgabe hat einstweilen den Zweck, die Aufmerksamkeit von der Deckung der dauernden Ausgaben etwas abzulenken.

Nach der Bewilligung der Heeresvermehrung selbst werden erst die bürgerlichen Parteien den Kampf gegen die von ihnen verlangte Milliarde beginnen. Für diesen Kampf liegen genau dieselben Gründe vor, wie für den Kampf gegen die Erbschaftssteuer. Man denke, daß nach einer bekannten Berechnung in Preußen allein 50 000 Millionen unversteuerter Werte an Vermögen und Einkommen vorhanden sind. Die Vermögensabgabe müßte für die Inhaber dieser Werte zu unberechenbaren Konsequenzen führen. Und eben darum muß man sich auf den heftigsten Widerstand gegen die Vermögensabgabe gefaßt machen. Die Vertreter einer gewissen Desperadopolitik werden alle Minen springen lassen, damit die ganze neue Last oder wenigstens deren weitaus größter Teil wieder auf die Schultern des arbeitenden Volkes gewälzt wird. Da können sich die merkwürdigsten Situationen ergeben. Wie die Sozialdemokratie seinerzeit für die Erbschaftssteuer stimmte, obschon ihr diese nur als kleineres Uebel erschien, um die große Masse einigermaßen zu entlasten, so kann sie auch in die Lage kommen, für die Vermögensabgabe, wenn auch vielleicht in abgeänderter Form, zu stimmen, gegen welche sich die Vertreter des agrarischen und industriellen Reichtums gleichermaßen auflehnen werden.

Zweifellos ist, daß dieser Kampf um neue Steuern und Auflagen die Bevölkerung des Deutschen Reiches in weit heftigere Erregung versetzen wird, als die Finanzreform von 1909. Die Wogen werden so hoch gehen, daß man in weiten Kreisen schon mit Sicherheit annimmt, Bethmann-Hollweg und Delbrück würden mitsamt dem Finanzkünstler Kühn dabei über Bord gehen, um endlich dem ersehnten „starken Mann“ Platz zu machen. Das interessante Projekt der Vermögensabgabe würden sie dabei natürlich mit über Bord nehmen. Nun, wir bedauern nicht den Abgang der jetzigen Regierungsleiter und fürchten nicht das Erscheinen des „starken Mannes“, der wahrscheinlich nur eine komische Figur machen wird.

Humoristisch veranlagte Leute meinen sogar, Bethmann-Hollweg, Delbrück und Kühn hätten die Milliarde Vermögensabgabe nur ausgeheckt, um sich den berühmten „schönen Abgang“ zu sichern. Man kann das nicht ganz von der Hand weisen; namentlich wenn man bedenkt, daß sogar die Fürsten zu der Milliarde herangezogen werden sollen.

Der „schöne Abgang“ ist auch bei reaktionären Statsmännern nichts Ungewöhnliches. Wir erinnern an den verflossenen Eisenbahnminister Thielen, der die fünfundvierzigtägigen Rückfahrkarten einführte, um sich den „schönen Abgang“ zu sichern und zu zeigen, wie nett er hätte sein können, wenn er — gewollt oder gekonnt hätte. Herr Delbrück hat ja seinen Schwanengesang bereits gehalten und wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn die Milliardenabgabe seinen Abgang „verschönt“ sowie den seiner Kollegen in der Regierung, die den Junkern ein Aergernis sind.

Als bei der „Finanzreform“ von 1909 von der sozialistischen Presse erklärt wurde, binnen kurzem werde eine neue „Finanzreform“ erforderlich sein, wurde dies von übermütigen Reaktionären als „Schwarzseherei“ verspottet. Nun steht eine neue „Finanzreform“ vor der Tür und was für eine! Sie wird dem herrschenden System mit seinem Militarismus und seiner Steuerschröpferei noch mehr neue Feinde erstehen lassen, als ihre unheilvolle Vorgängerin.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Konservativen und die Militärvorlage.

Die „Konservative Korrespondenz“ bringt in ihrer Nummer vom 4. März eine parteiamtliche Erklärung zur neuen Militärvorlage und den Deckungsplänen. Es heißt darin:

„So vielerlei naheliegende und bedeutsame Einwendungen gegen den Plan dieser Ausnahmeregel (einmalige Abgabe vom Vermögen) sich auch erheben lassen, sie werden überwogen durch die politische Notwendigkeit, in solcher Lage opferbereit einzutreten für die Sicherheit der Nation.

Die konservative Partei hat in solcher Zeit noch niemals versagt. Sie wird es auch hierbei nicht. Sie vertraut, daß es möglich sein wird, wenn erst Umfang und nähere Begründung der Anforderung und ihre Verteilung auf eine gewisse Zeit erkennbar sein werden, mit der Reichsleitung über die Grenzen und Einzelheiten dieser Forderungen zu einer Übereinstimmung zu gelangen.

Auch in bezug auf die dauernden Ausgaben sind wir der Meinung, daß sich unter den bürgerlichen Parteien eine Mehrheit für die Bewilligung finden lassen wird, wenn es vermieden wird, durch erneute Aufrollung der Erbschaftssteuerfrage den alten Zankapfel wieder hervorzuholen und Streit unter den Parteien zu entfachen. Das sollte angesichts der politischen Notlage unbedingt vermieden werden, denn es schadet dem Ansehen des Reichs und dient nur zur Freude des Auslandes und derjenigen politischen Richtungen im Innern, denen die Kraft, Würde und Bedeutung des Reichs nicht am Herzen liegen.

Wir sollten also meinen, daß unter Anerkennung und Würdigung jener oben erwähnten gewaltigen Beisteuer des Besitzes eine Vereinbarung über die Erschließung anderweitiger Einnahmequellen des Reichs zu erzielen sein müßte. Die konservative Partei wird es an ihrem guten Willen dabei nicht fehlen lassen.“

Die Regierung weiß nun, woran sie ist: Die Konservativen werden über die einmalige Vermögensabgabe mit sich handeln lassen, aber unter keinen Umständen darf für die viel wichtigere Deckung der dauernden Ausgaben die Erbschaftssteuer herangezogen werden. Die Pläne der „opferwilligen“ Junker laufen also darauf hinaus, im Wege der indirekten Steuern den breiten Schichten des Volkes wieder die dauernde gewaltige Last aufzubürden und sich von der Teilnahme an diesen Kosten durch ein einmaliges Trinkgeld, das man auch noch im wesentlichen dem mobilen Kapital zuschieben wird, loszukaufen. Die anderen Parteien haben sich darüber noch nicht geäußert, wie sie sich die Deckung der laufenden Ausgaben denken. Daß aber wesentlich das Zentrum in der Abweisung der Erbschaftssteuer mit den Konservativen Hand in Hand geht, ist sicher. — —

Die „Kölnische Volkszeitung“ hat erfahren, daß 84 000 Mann pro Jahr neu angefordert werden. Die Heeresvermehrung soll ausschließlich der Verstärkung der Grenzkorps zugute kommen. Die auf Grund der letzten Heeresvermehrung beschlossenen Kasernenbauten sind nach derselben Quelle eingestellt worden, bis zur Entscheidung über die neue Vorlage, um event. die Anlagen sofort größer und umfangreicher herstellen zu können. —

Die „Berl. Pol. Nachr.“ teilen mit, daß von einer angeblich starken Progression der einmaligen Vermögensabgabe keine Rede sein könne. Abstufungen der Steuersätze seien nur am Platze, wo es sich um dauernde Steuerleistungen handele. Alle Zahlen, die bis jetzt angegeben worden sind, beruhten lediglich auf Kombinationen. —

Der Gesamtvorstand des deutschen Wehrvereins ist auf Sonnabend, den 8. März, zur Sitzung einberufen worden. Es handelt sich um Beschlußfassung der Stellung des Vereins zur kommenden Wehrvorlage, die der Verein auf das tatkräftigste zu unterstützen gedenkt.

Die leitenden Minister aller deutschen Bundesstaaten werden sich, wie die „N. G. C.“ hört, am Sonnabend in Berlin versammeln, um gemeinschaftlich die Übereinstimmung ihrer Regierungen in der Frage der Deckung der neuen Heeresforderung zum Ausdruck zu bringen.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Die Wahl des Abgeordneten Frommer (kons.) wurde für gültig erklärt. — Dagegen wurde die Wahl des Abg. Peus (SD.) beanstandet und Beweiserhebung beschlossen. Wenn, was nicht anzunehmen ist, alle Behauptungen des Protestes als wahr erwiesen werden sollten, dann würden dem Genossen Peuß acht Stimmen an der Mehrheit fehlen.

Die Kolonialetats in der Budgetkommission.

Der Angabe des Abg. Erzberger, daß in Ostafrika von Askaris (farbigen Soldaten) viehische Grausamkeiten in großer Zahl verübt worden sind, widersprach am Dienstag die Regierung, erklärte sich aber bereit, nachdem ihr Namen von Gewährsmännern genannt worden waren, eine strenge Untersuchung einzuleiten. Für den Preis von 10 Pfg. pro Hektar hat vor Jahren die Togogesellschaft in Togo den Eingeborenen Riesenkomplexe Land abgenommen. Auf energisches Drängen der Sozialdemokratie mußte sich die Regierung damit befassen und hat jetzt einen Vergleich mit der Gesellschaft geschlossen, durch welchen sie den größten Teil des Landes wieder abgetreten hat. In Südwestafrika zahlt die Kolonie die Polizei, das Reich die etwa 2000 Mann starke Schutztruppe. Eine volksparteiliche Resolution, die die Verteilung der Kosten für beide Machtfaktoren auf das Reich und die Kolonie fordert, wurde von unsern Genossen bekämpft wegen der Unübersichtlichkeit der Etatisierung; ferner wurde die Verminderung der Schutztruppe gefordert. Die ungemein stark dezimierte eingeborene Bevölkerung sei gar nicht mehr imstande, einen Aufstand zu unternehmen. Die weißen Südwestafrikaner wollen aber die Schutztruppe in heutiger Stärke erhalten wissen, weil das Wirtschaftsleben der Kolonie von dem Vorhandensein der Truppe geradezu abhängig ist. — Bei Besprechung der Diamantenfrage wurde mitgeteilt, daß Fachleute schätzen, in 15—20 Jahren werden die Diamantenfelder

abgebaut sein. Deutschland wird von dem Antwerpener Diamantensyndikat schwer geschädigt, das Syndikat soll jährlich an 10—11 Millionen an den südwestafrikanischen Diamanten, die zu den besten gehören, aber nur zu 6—7 % in Deutschland geschliffen werden, verdienen, trotzdem die deutsche Industrie auf einer hohen Stufe der Leistungsfähigkeit steht. Die Erörterung aller dieser Fragen wird in der Kommission noch fortgesetzt.

Eine Abrechnung mit dem preußischen Eisenbahnminister.

Das preußische Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch die Debatte über die Arbeiter und Beamten der Eisenbahnverwaltung fort. Der erste Teil der Sitzung, in der einige bürgerliche Abgeordnete Wünsche von Eisenbahnern vortrugen, verlief durchaus ruhig. Dagegen kam es am Schluß zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Genossen Leinert und dem Minister v. Breitenbach. Gen. Leinert hatte an der Hand eines umfangreichen Materials nachgewiesen, daß die Arbeiter in der Eisenbahnverwaltung, obwohl sie materiell schlechter gestellt sind als die Arbeiter in Privatbetrieben, auch noch insofern sich schlechter stehen, als ihnen nach wie vor ihre staatsbürgerlichen Rechte genommen werden. An einer Unzahl von Fällen wies er nach, wie Arbeiter und untere Beamte infolge eines Denunziations- und Spitzelunwesens um Brot und Lohn gebracht worden sind, und mit allem Nachdruck forderte er den Minister auf, endlich dafür zu sorgen, daß auch den Eisenbahnarbeitern ihre Menschenrechte zuteil werden. — Der Minister erwiderte in ungewöhnlich erregter Weise; aber anstatt sachlich auf Leinerts Ausführungen einzugehen, zog er es vor, sich mit einigen Redensarten, die nicht einmal parlamentarisch waren, aus der Affäre zu ziehen. Er erklärte rund heraus, gerade der Umstand, daß die Sozialdemokratie für die entlassenen Beamten eintrete, sei der beste Beweis dafür, daß ihre Entlassung zu Recht erfolgt sei; mit andern Worten, der Minister verwechselt hier geflissentlich Ursache und Wirkung. Im übrigen vertrat der Minister nach wie vor den Standpunkt, daß das Personal seiner Verwaltung, gleichviel, ob es sich dabei um Arbeiter, untere, mittlere oder hohe Beamte handle, kein Streikrecht haben. Aus diesem Grunde hielt er auch die Maßregelungen der Techniker in der Eisenbahnverwaltung für begründet.

Kalimonopol.

Bei der Besprechung der Ergebnisse, die die Bohrungen nach Kali bisher in Lippe gehabt haben, erklärte Staatsminister Biedenweg im Landtage, daß die Regierung sich gegen die Bestrebungen der Reichsregierung auf Schaffung eines Kalimonopols wenden werde. Zum mindesten müsse versucht werden, Bestimmungen zu erreichen, die eine baldige Ausnützung der vorhandenen Kalilager sichern. Die Lippesche Regierung stehe in der Hinsicht auch nicht allein, denn verschiedene andere Bundesstaaten befänden sich in gleicher Lage und würden im Bundesrat dieselbe Stellung einnehmen.

Ultramontaner Hereinfall.

Der mit zwei Stimmen Mehrheit im Wahlkreise Bingen-Alzey zum Reichstagsabgeordneten gewählte wilde „nationalliberale“ Reichsverbänder Dr. Becker kann wirklich von Glück sagen, daß sein Mandat vom Reichstag mit einer Stimme Mehrheit für gültig erklärt wurde. Wäre es zur Neuwahl gekommen, so hätte zweifellos das Zentrum — dem Dr. Becker sein Mandat verdankt — nicht mehr so selbstlos Gefolgschaft geleistet. Dieser Stimmungsumschwung ist auf die Haltung Dr. Beckers in der Jesuitenfrage zurückzuführen. Vor der namentlichen Abstimmung über den Jesuitenantrag hatte Dr. Becker den Saal verlassen und sich so um eine klare Stellungnahme in dieser Frage herumgedrückt. Das führende Zentrumsorgan des Wahlkreises, die „Mittelrheinische Volkszeitung“ in Bingen, ist infolgedessen sehr entrüstet und schreibt, es sei den Zentrumswählern nicht zu verübeln, wenn sie mit Rücksicht auf die Haltung Dr. Beckers in der Jesuitenfrage „ihre Ansicht über die Zweckmäßigkeit einer solchen Wahl einer gewaltigen Korrektur unterziehen.“ Das ultramontane Blatt neigt aber der Ansicht zu, „daß Dr. Becker sich durch seine Stellungnahme zur Jesuitenfrage einen Teil der zur Gültigkeit seiner Wahl notwendigen nationalliberalen Stimmen verkauft hat.“ — So erlebt das Zentrum an diesem Schützling, der im übrigen sehr seinen Erwartungen entspricht, doch auch Enttäuschungen.

Österreich-Ungarn.

Zur Situation in Ungarn. Aus Budapest wird uns unterm 4. März gemeldet: Da zu erwarten stand, daß es heute im Reichstag wieder zu Zusammenstößen zwischen der Opposition und dem Präsidium kommen würde, waren trotz heftiger Kälte die Straßen schon am frühen Morgen mit Militär besetzt. Vor den städtischen Theatern und den staatlichen Gebäuden waren Militär-Patrouillen aufgestellt. Dienstag früh wurde unser Budapester Parteiorgan wieder konfisziert. Besonders hatte es der Polizei ein Gedicht angetan, das an der Spitze des Blattes stand, und das den Titel führte: „Schieß nicht, mein Sohn, denn auch ich bin dabei!“ Es ist ein Gedicht, in dem eine Mutter ihren beim Militär stehenden Sohn ermahnt, nicht auf das Volk zu schießen, denn auch sie, seine Mutter sei dabei. Um 10 Uhr vormittags konfiszierte die Polizei im Volkshaus ein vor einigen Tagen herausgegebenes Flugblatt an die Bergarbeiter. Auch in der Provinz verfährt die Polizei nach hauptstädtischem Muster. In mehreren Provinzstädten wird durch Plakate dem Volke bekannt gegeben, daß Volksversammlungen, Aufzüge, Demonstrationen und überhaupt alle Ansammlungen von Personen verboten sind. Auch machen die Bezirkshauptleute in den Städten die Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß laut Gewerbegesetz der Arbeiter erst nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit einstellen darf, und daß die Behörden die streikenden Arbeiter wieder zur Arbeit zurückbringen werden.

Die Opposition im Reichstag. Dienstag ½12 Uhr mittags zog die gesamte vereinigte Opposition in den Reichstag. Als das Lehrergesetz im Plenum verabschiedet war, hielt der Führer der Opposition Graf Albert Apponyi eine lange Rede, in der er Einspruch dagegen erhob, daß dieser Gesetzentwurf verhandelt werde, ohne daß die Verletzung der Hausordnung und die Gesetzwidrigkeit vom 4. Juni ausgeglichen würde. Er protestierte in energischer Weise auch gegen das Wahlrechtsgesetz, und die gesamte Opposition verließ dann ruhig wieder das Parlament. — Ministerpräsident Lukacz hielt darauf eine Rede, in der er seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß die Opposition das Wahlrechtsgesetz kritisierte und dann wieder das Parlament verließ. Er beantragte, daß das Wahlrechtsgesetz weiter debattiert werde. Nachdem noch ein Abg. das Wort dazu genommen, wurde die heutige Reichstagssitzung geschlossen. — Das Vorgehen der Opposition hat in der Hauptstadt große Enttäuschung hervorgerufen. Man hatte bestimmt erwartet, daß die Opposition im Reichstage radikal vorgehen und daß die Vorgänge vom Juni sich wiederholen würden. Jedermann glaubte, mit dem Einzug der Opposition ins Parlament sei auch das Zeichen zum Generalstreik gegeben.

Der Generalstreik zurückgestellt. Unter dem Eindruck der Reichstagssitzung am Dienstag und der Handlungsweise der Opposition hielt die Parteileitung der Sozialdemokratie im Laufe des Nachmittags eine Sitzung ab, die bis 6 Uhr abends währte. Es wurde beschlossen, nachstehendes Manifest herauszugeben und es noch im Laufe desselben Abends im ganzen Lande zu verbreiten: „Die sozialdemokratischen Arbeiter waren bereit, ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Organisationen, alles aufs Spiel zu setzen, um das Tisza-Wahlrecht zu stürzen und das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zu erringen. In der heutigen politischen Lage wäre dies nur durch eine gemeinsame Straßen- und Parlamentsrevolution zu erreichen gewesen. Die parlamentarische Opposition verwahrte sich gegen die Verhandlung dieser Vorlage und verließ das Abgeordnetenhaus. Dieses Vorgehen entsprang ehrenwerten und gewichtigen Gründen und hatte die Wirkung, daß der parlamentarische Kampf mit diesem Protest sein Ende erreichte. Ohne parlamentarischen Kampf bleibt der Straßenkampf, mag er noch so heldenhaft und aufopfernd sein, erfolglos. Er würde nur dazu dienen, daß die Regierung durch einen Massenmord die festeste und sicherste Heerschar des allgemeinen Wahlrechts, die Sozialdemokratie Ungarns schwächen und durch dies Blutvergießen den Kampf der Arbeiterschaft zurückwerfen würde. Im Bewußtsein dieser unserer großen Verantwortlichkeit sind wir unter diesen Umständen in diesem Augenblick genötigt, von der Anwendung der Waffe des Generalstreiks abzustehen. So wie es eine unausbleibliche Pflicht für uns alle ist, daß wir für die Volksrechte alles aufs Spiel setzen, wenn wir hoffen dürfen, daß aus der blutgetränkten Erde der Baum der Freiheit entsprießen kann, eine eben solche moralische Sünde und ein politischer Fehler wäre es, in diesem Moment das Volk vor die Bajonette und Maschinengewehre zu führen. Was das Tisza-Parlament votiert, ist kein Gesetz. Was immer dort beschlossen wird, bedeutet nicht einmal die zeitweilige Erledigung der Wahlrechtsfrage. Der amtliche Redner der vereinigten Opposition hat im Namen dieser Partei in der Sitzung des Abgeordnetenhauses ein Gelübde geleistet, das die Proklamierung des Entwurfes zum Gesetz die oppositionellen Parteien keinen Moment in der fortgesetzten Arbeit aufhalten wird, deren Ziel im Sinne der sozialdemokratischen Partei und der verbündeten oppositionellen Parteien die Schaffung eines ernsten, aufrichtigen demokratischen Wahlrechts ist. Der Kampf der oppositionellen Parteien für die Verwirklichung des ehrlichen Wahlrechts dauert also weiter, und die sozialdemokratische Partei wird an diesem Kampfe in jeder Form teilnehmen. Sie wird daran teilnehmen, indem sie die Vorbereitungen zum Generalstreik mit noch intensiverer und gründlicherer Arbeit als bisher fortsetzt, die revolutionäre Stimmung, die materielle Bereitschaft der Arbeiterklasse noch mehr verstärkt, um den politischen Generalstreik in jenem Moment beginnen zu können, welchen die Vertrauensmänner der Arbeiterpartei, nicht aber die Maschinengewehre des Grafen Tisza für richtig halten. Die Genossen mögen ohne Ermüden die Vorbereitungen zum Massenstreik fortsetzen. Sie mögen keinerlei Provokation ausüben. Mit der Disziplin und der revolutionären Energie sozialdemokratischer Arbeiter wollen wir den Kampf für das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht weiterführen.

Mit Parteigruß!

Die Leitung der Sozialdemokratie Ungarns.“

Nieder mit dem Rüstungswahnsinn.

Das war der Gedanke, der gestern abend die Tausende beseelte, die nach der Johannisstraße eilten, um sich aus berufenem Munde die Wirrnisse des Balkankrieges und seine Konsequenzen, die Kriegsrüstungen der Großmächte, auseinandersetzen zu lassen. Sämtliche Tische waren aus dem großen Saale des Gewerkschaftshauses entfernt worden. Kopf an Kopf stand und saß die Masse, unter der sich gar mancher Bürgerliche befand. Nach der Eröffnung gedachte der Vorsitzende, Genosse P. Löwigt, zunächst der in der vorhergegangenen Nacht vor Helgoland durch einen Unfall ums Leben gekommenen deutschen Seesoldaten, denen er einen warmempfundenen Nachruf widmete. Die Versammelten erhoben sich unter großer Bewegung zu Ehren dieser Opfer des Militarismus von ihren Sitzen. Hierauf nahm, mit Händeklatschen begrüßt, das Wort der Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel-Frankfurt a. M zu seinem Vortrag: Die Lage auf dem Balkan und die deutsche Politik. Er führte u. a. folgendes aus:

Schon seit einer geraumen Zeit durchleben wir heftige politische Erschütterungen, die ausgehen von dem Wetterwinkel Europas, von dem Balkan. Man weiß heute noch nicht, welche Folgen diese blutige Massenvernichtung für Europa nach sich ziehen wird. Das eine aber steht fest: Wer sich im Vorjahre einen neuen Atlas gekauft haben sollte, kann aus der Karte des Balkans einen Fidibus drehen und sich eine Zigarre damit anstecken. (Heiterkeit.) Es soll nicht meine Aufgabe sein, nun den Verlauf der Ereignisse zu schildern, sondern ich will die Frage behandeln: Wie stellen wir Sozialdemokraten uns zu den Ereignissen und ihren Rückwirkungen auf Europa? Lange Jahre hindurch haben sich die Türken einer großen Sympathie erfreut. Nicht nur von Seiten unserer Regierung, sondern auch innerhalb der breiten Masse des deutschen Volkes. Es ist heute an der Zeit, diese Anschauungen zu revidieren. Der türkische Staat verdient heute nicht mehr für 5 Pfg. Sympathie von unserer Seite. Die Türken waren eine wilde Reiterhorde als sie nach Europa kamen und sind eine halbwilde Reiterhorde geblieben. Die europäische Türkei war nur ein Kriegslager auf erorberter Scholle. Die Herren Türken haben nie daran gedacht, das Schwert umzuschmieden zum Pfluge. Sie sind die am meisten faulenzende Herrenklasse von Europa. Im Gegensatz zu ihnen erscheint sogar ein ostelbischer Junker beinahe als ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft. Arbeiten tut der Türke überhaupt selten. Er ist entweder Offizier oder Beamter oder Rittergutsbesitzer. Die Türken teilten nach der Eroberung des Balkans das Land auf als Lehen, als Feudalbesitz. Der serbische und bulgarische Bauer durfte nach wie vor den Boden bestellen, nur nicht für sich. Dazu kommt nun noch ein religiöser Gegensatz. Der Türke ist Muselmann, der Bauer Christ. Ein Muselmann gilt mehr als tausend Christen. Die Türken dachten gar nicht daran, die Bauern zum Islam zu bekehren, denn dann hätte man ja die christlichen Bauern aus ihrem Sklavenleben herausgehoben. Aber das eine steht im 20. Jahrhundert fest: Entweder muß sich ein Land modernisieren oder es muß zugrunde gehen. Da die Türkei das erstere nicht tat, mußte das letztere eintreten. Der Untergang, der sich vor unsern Augen abspielt, ist eine Folge der modernen Entwicklung. Mit dem Krimkrieg fraß sich der Kapitalismus in die Türkei ein und natürlich auch die Staatsschuld. Man pumpte und pumpte, daß die türkische Staatsschuld noch schneller wuchs als die deutsche von heute. Es dauerte nicht lange und man stand vor dem Staatsbankerott. Man zahlte nicht und so ging man zur Schuldverpfändung über, d. h. die Einkommen aus Zöllen gingen nicht erst durch die Hände der Türken, damit nicht neun Zehntel kleben blieben (Heiterkeit), sondern man nimmt das Geld gleich für die europäischen Banken weg. Kein Wunder, daß innerhalb der Türkei eine Oppositionspartei in Gestalt der Jungtürken entstand. Die Jungtürken waren gefährliche Leute für den alten Sultan. Und wenn einer erwischt wurde, so ließ der Sultan ihn in einen Sack nähen und in den Bosporus versenken, dort, wo er am tiefsten ist. Diese Jungtürken hielten sich deshalb meist im Auslande auf, weil die türkischen Massen unzugänglich waren. Im Jahre 1908 wurden die Jungtürken durch eine Offiziersrevolte in Mazedonien plötzlich emporgeschnellt und kamen zur Herrschaft. Daß sie siegten, war nicht schwer. Unter Abdul Hamid gab es sehr viele Soldaten, die keine scharfe Patronen gesehen hatten, Regimenter, die niemals zu einer Felddienstübung ausgerückt waren, weil Abdul Hamid Angst hatte, daß man ihm an den Kragen wolle. Es wurde dem mazedonischen Armeekorps sehr leicht, den absoluten Abdul Hamid zu stürzen und die Jungtürken zur Herrschaft zu verhelfen. Die Jungtürken versprachen nun allerlei Reformen. Aber sie haben das Versprechen nicht gehalten. Man hat die Jungtürken zu hoch eingeschätzt. Sie zeigten sich unfähig. Ihre Nationalitätenpolitik, die halbwilden Völker in das türkische Joch zu zwingen, ging schief. Die Völker wurden aufständisch. Vor allem war es der albanische Aufstand, der die vier Balkanstaaten zu dem Krieg getrieben hat. Die Türken waren ohnmächtig den Albanern gegenüber, und das war das Signal, über sie herzufallen. Man kann den Zusammenbruch des türkischen Militärstaates nur vergleichen mit dem Zusammenbruch Preußens bei Jena und Auerstädt. Beides waren reine Feudalstaaten. Die Preußen renommierten, das Scheusal Bonaparte in der Saale zu ersäufen, und die Türken renommierten, die Serben und Bulgaren in die Donau zu werfen. Die Türken sind in der Hauptsache besiegt worden, nicht weil sie nicht genug Patronen, sondern weil sie nicht genug Kommißbrot hatten. Lediglich in Adrianopel und Skutari haben sie etwas geleistet. Wenn einigermaßen besseres Wetter eintritt, werden die Türken vollends aus Europa hinausgetrieben und am Bosporus eine Tafel angebracht werden mit der Aufschrift: Unbefugten ist der Zutritt verboten. Der Junkerstaat ist zertrümmert durch bäuerliche Demokratie. Zwar sind die dynastischen Aushängeschilder der Balkanstaaten nicht gerade vertrauenerweckend; der eine ist ein großer Spitzbube, die andere Dynastie ist eine sogenannte feine Familie. In Bulgarien hat Ferdinand zwar nicht das Herz, dafür aber das Portemonnaie auf dem rechten Fleck. Und in Griechenland sitzt auch ein importierter König am Ruder. Die Balkanvölker machen sich selbst nicht viel aus ihren Königen. Sie betrachten sie nur als uniformierte Türsteher. Wenn die Betten da unten auch etwas lebendiger sind als bei uns, so gibt es aber jedenfalls nicht soviel politisches Ungeziefer als bei uns. Redner schildert dann die Verkehrsverhältnisse der Balkanstaaten. Wenn die Staaten allerdings ein wirklich lebensfähiges Gebilde werden wollen, muß auch noch die Türkei in den Balkanbund eintreten. Geschieht das, so wird der Bund auch stark genug, um den Großmächten Widerstand entgegenzusetzen. Das ist auch der Grund, warum die Großmächte im trüben zu fischen suchen. Die Diplomaten haben sich in der Balkanfrage gründlich blamiert, und die deutschen Diplomaten am meisten. Daran sind wir ja schon gewöhnt. Redner schildert die englische und deutsche Politik in der Türkei. Man wollte dort unten viel erreichen. Die Türken haben aber weiter nichts von unserer Verwaltungs- und Heeresreformation profitiert als den Schnurrbart „Es ist erreicht“. (Große Heiterkeit.) Man glaubte, daß man in Marschall ein besonders gutes Pferd nach Konstantinopel gesetzt hatte, und als es zum Treffen kam, stellte es sich heraus, daß unser Gaul auf allen vier Beinen lahm war. Leider scheint die Folge des Balkankonflikts der Weltkrieg zu sein, wie die Rüstungspolitik in allen Großstaaten beweist. Alle Großstaaten Europas haben eben ein Interesse an der Türkei. Redner schildert die divergierende Politik zwischen Dreibund und Dreiverband und erinnert an die von Oesterreich heraufbeschworene eben vorübergegangene Kriegsgefahr, weil dieses Angst hatte vor der Konkurrenz des serbischen Weizens und des serbischen Schweines. Deshalb auch die Verweigerung des Adriahafens. Das war in jenen Tagen, wo sich Bethmann-Hollweg in seiner ganzen Größe im Reichstag aufrichtete und dem Bundesbruder Hilfe versprach. Unser Volk sollte wegen der ungarischen Schweinezüchter verbluten. Die internationale Lage ist reif zur Explosion. Und die Rüstungen treiben immer mehr zu der Gefahr des Weltkrieges. Aber die Familien der Hohenzollern, Habsburger und Romanows sind es nicht, die ihre Haut zu Markte tragen, sondern die Massen des Volkes. Wir haben in Kleinasien aber genau soviel zu holen und zu verlieren wie in Marokko, nämlich nichts. Damals wie heute waren es die Friedensdemonstrationen der Arbeiterklasse, die den Frieden sicherten. Der Krieg ist eine furchtbare Macht. Er kann nicht bekämpft werden mit Friedensschalmeien à la Berta v. Suttner, sondern von einer Macht des Friedens. Und dies ist die internationale Sozialdemokratie. Weil die Baseler Kundgebung eine große Macht hinter sich hatte, war dieser Friedenskongreß des Kanonenfutters ein so gewaltiges Ereignis. Die Massen wollen keinen Krieg wegen der Profitinteressen der Minderheit. Die Arbeiter wollen nicht zerstören, sondern sie wollen aufbauen. Wenn auch die europäische Spannung sich lösen sollte, wenn uns auch Opfer an Blut erspart werden, so steht jetzt fest, daß wir ungeheure Opfer an Gut aufbringen sollen. Der Rüstungswahnsinn nimmt als Gefolge des Balkankrieges Formen an, über die eigentlich nicht der Politiker, sondern der Irrenarzt urteilen sollte. Auch wir Sozialdemokraten haben nationalen Ehrgeiz. Aber es soll heißen: unser deutsches Vaterland hat die höchsten Löhne, die niedrigste Säuglingssterblichkeit, die besten Schulen, die volkstümlichste So-

zialgesetzgebung, das freieste Wahlrecht usw., und nicht: Deutschland ist eine große Kaserne, hat die meisten Mordwerkzeuge, die meisten Schwindsüchtigen, die höchsten Lebensmittelpreise, die rückständigste Verfassung usw. Der berühmte Heidelberger Professor Czerny hat vor einigen Tagen gesagt: Deutschland und England sollten statt 40 Dreadnougths 40 Krebsinstitute bauen. Und Tausenden von Menschen würde das Leben gerettet. Czerny ist kein Sozialdemokrat. Aber seine Forderung verhallt ins Leere. Bei uns hat man nur Geld für Panzerplatten und für Geschosse, die diese Panzerplatten durchschlagen, für Kanonen, Gewehre und die Junker. Jetzt stehen wir abermals vor einer Riesenrüstung mit Riesenausgaben. Zwar verkündete man am Sonntag die Offenbarung, daß die tausend Millionen einmalige Ausgaben von den Reichen aufgebracht werden sollen. Man erinnerte an 1813, wo man Portemonnaies und goldene Trauringe, Uhren, Haare usw. geopfert hat. Nun, unseren Reichen liegt nicht allzuviel an dem goldenen Trauring, den steckt er ganz gern einmal in die Westentasche. Aber gern zahlt man die tausend Millionen jedenfalls nicht. Und es bleibt ja auch nicht bei den einmaligen Ausgaben. Man wird alljährlich dauernde Ausgaben haben, die die große Masse zahlen soll. Seit 1900 hat Deutschland allein 15000 Millionen Mark ausgegeben für Militär und Marine. Und diese Riesensummen wurden aufgebracht aus den indirekten Steuern, also von denen, die nichts haben. Ihnen will man jetzt noch den letzten Blutstropfen schröpfen und das letzte Mark aus den Knochen ziehen. Für diese Riesenvorlage werden die roten 110 im Reichstage nur ein glattes Nein als Antwort haben. Redner erinnert an das Manifest, das die Vertreter der deutschen und französischen Arbeiter gegen Rüstungspolitik und Krieg erlassen haben. In einer Zeit des Chauvinismus und des Hurrapatriotismus war das von großer Bedeutung. Wir leben in einer ernsten Zeit. Wir sehen vielleicht noch ernsteren Ereignissen entgegen. Aber das wollen wir geloben: Sollte es trotz unserer Agitation zu dem furchtbaren Weltkrieg kommen, dann soll danach die rote Fahne des Sozialismus über der Erde flattern. Rot nicht vom Blute der Völker, sondern rot von der Morgenröte der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit und des Völkerfriedens. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 5. März 1913 im Gewerkschaftshaus zu Lübeck versammelten etwa 2000 Männer und Frauen fordern von unserer Reichsregierung die absolute Nichteinmischung in die Balkanhändel und erheben Protest gegen die unaufhörlichen Rüstungen, die die Völker erschöpfen, sie zur Vernachlässigung ihrer Kulturaufgaben zwingen, das gegenseitige Mißtrauen steigern und statt den Frieden zu sichern, Konflikte heraufbeschwören, die zu einer Weltkatastrophe mit unabsehbarem Massenelend und schaudererregender Massenvernichtung führen.

Die Versammlung fordert — wenn trotz des Widerstandes unseres Volkes die militärischen Ausgaben erhöht werden — daß alle finanziellen Lasten auf die Reichen und Wohlhabenden abgewälzt werden.

Die Versammlung erklärt, daß sie nach wie vor mit aller Kraft den Kampf gegen den unersättlichen Militarismus führen und für die gegenseitige Verständigung der Völker und den Völkerfrieden eintreten wird."

Genosse Löwigt führte im Schlußwort aus: Sie haben durch Ihren Beifall sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt. Sie erklären sich gegen die Rüstungspolitik mit ihren ungeheuren Volkslasten. Nur die Sozialdemokratie ist es, die dagegen Front macht. Alle bürgerlichen Parteien haben sich mit Haut und Haaren dem Militarismus verschrieben. Beachten Sie das. Schaffen Sie vor allen Dingen die bürgerlichen Blätter aus dem Hause und schöpfen Sie Ihre Aufklärung aus dem „Lübecker Volksboten", antworten Sie auf die Heeresvorlage mit Ihrem Eintritt in die gewerkschaftliche und politische Organisation.

Hierauf wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen, brausenden Hoch auf die Arbeiter-Internationale geschlossen.

Nach der Versammlung wogte durch die Johannisstraße ein gewaltiger Menschenstrom.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 6. März.

b. **Der Hansa-Bund** versuchte am Mittwoch abend Mitglieder und Gönner zusammenzutrommeln, um sie über die politische Lage aufzuklären. Den vereinigten bürgerlichen Parteien gelingt es aber nicht, ihre Gesinnungsverwandten in größerer Anzahl zu versammeln, unter welcher Flagge sie auch ihre Lockrufe erschallen lassen. Konservative, Nationalliberale und der Mischmasch im Hansabund haben in drei „großen" Versammlungen zusammen kaum 500 Zuhörer aufgebracht. Gerade in der gestrigen Versammlung zeigte sich die Erfolglosigkeit ihrer Anstrengung. Darüber täuscht auch nicht das Getrampel hinweg, das auf den Vortrag des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann folgte. Neues erzählte er nicht, begeistern an seinen Worten konnten sich nur politische Neulinge, Handwerksmeister und Kaufleute, die sich des Gewinnes freuen, der den Fabrikanten zufloß und in noch höherem Maße zufließen soll, wenn der Hansa-Bund die politische Wiedergeburt des zerrissenen Bürgertums ins rechte Gleise geführt hat. Besonders zu bemerken wäre nur noch folgendes: Angst vor einer Diskussion scheinen die hiesigen Hansabundsgrößen heillos zu haben. Denn als zu Beginn der Versammlung ein bekannter Säbelraßler bescheiden anfrug, ob nach dem Vortrag eine Diskussion stattfinde, meinte Konsul Dimpker als Vorsitzender, „wenn die Zeit dies erlaube", sei es „nicht ausgeschlossen". Über diese heikle Frage setzte man sich am Schlusse mit der Redensart glatt hinweg, daß eine Diskussion die vorzüglichen Ausführungen des Referenten nur stören könnte.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten ist die Straße Fünfhausen vom 6. bis 8. d. M. für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Risiko der Arbeit. Heute morgen 7½ Uhr ereignete sich auf dem Holzlagerplatz der Firma J. H. Havemann und Sohn (Mühle) ein bedauerlicher Unglücksfall. Dem Arbeiter Wilh. Kürwig, wohnhaft Schwönekenquerstraße, welcher damit beschäftigt war, Latten auf den Kipper zu laden, fiel ein Posten Bretter auf den Leib, wodurch er so schwere Verletzungen erlitt, daß er mittelst Sanitätswagens nach dem Allgemeinen Krankenhaus geschafft werden mußte, nachdem ihm Dr. Schwarzweller den ersten Notverband angelegt hatte.

Zu dem Unglücksfall auf dem Hochofenwerk wird uns noch folgendes mitgeteilt: Bei dem Abbruch wurde oft in der 2. und 3. Etage zu gleicher Zeit ohne jede Schutzvorrichtung gearbeitet. Am Sonntag morgen sollte ein schwerer eiserner Ring von oben abgenommen werden, der nur auf einer Seite mit einem Tau befestigt war, während auf der anderen Seite die Nieten losgemacht wurden, sodaß der unerfahrenste Arbeiter schon das Unglück voraussehen konnte. Die unten Beschäftigten waren auch aus diesem Grunde zurückgegangen, wurden jedoch vom Meister wieder unter die Menschenfalle befordert und im nächsten Augenblicke ereignete sich das Unglück. In den nächsten Tagen soll nun der Fuß des Ofens, welcher mit geschmolzenem Eisen durchsetzt ist, gesprengt werden. Wenn bei dieser gefährlichen Arbeit nicht die nötigen Schutzmaßnahmen getroffen werden, können leicht noch mehr Arbeiterleben vernichtet werden.

b. **Landherr und Scholze vor dem Schwurgericht.** Dem Spruche des Reichsgerichts ist es zu verdanken, daß der Mord auf der Travemünder Chaussee am 23. September vorigen Jahres erneut verhandelt, der ungeheure Apparat noch einmal in Bewegung gesetzt werden muß. So sehr die gemeinen Taten des Mordbuben Landherr und seines sauberen Kumpans Scholze, ihre Diebstähle und räuberischen Erpressungen die schärfste Sühne herausfordern, insbesondere der Mord Landherrs an dem Drogisten Kurt Fischer, so würden wir es doch als prinzipielle Gegner der Todesstrafe begrüßen, wenn die heutige Verhandlung diese barbarische Strafe nicht zeitigen würde. Es ist ferner nicht außer acht zu lassen, daß Landherr nach dem Urteil des Sachverständigen Dr. Riedel Epileptiker ist, zeitweise an Bewußtseinsstörungen leidet, von Geburt an erbliche Belastung mit in die Welt genommen hat und Degenerationsmerkmale besitzt, die durch Morphiumgenuß noch mehr hervortraten. Krank in gewissem Sinne sind zweifellos alle schweren Verbrecher und schlimm genug ist es, wenn nach dem Urteil hervorragender Autoritäten ein großer Prozentsatz von Zuchthäuslern als mehr oder weniger geisteskrank bezeichnet wird. Landherr wurde vom hiesigen Schwurgericht am 15. November 1912 wegen Raubmordes zum Tode und wegen Diebstahls und versuchter Erpressung zu 7 Jahren Zuchthaus sowie 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Der Mitangeklagte Scholze wurde wegen gemeinschaftlich mit Landherr begangener schwerer Diebstähle und versuchten schweren Raubes zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Die Verbrechen wurden begangen in Oevelgönne bei Hamburg an einem unermittelten Beschädigten, an dem Ewerführer Bruhn auf dem Elbeschiff, beim Zigarrenhändler Schubbe in Harburg, beim Konditor Boy in Schwartau und an dem schon erwähnten Drogisten Fischer auf der Travemünder Landstraße. Der Verteidiger Landherrs, Rechtsanwalt Dr. Ihde, legte gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht ein. Er rügte in seiner Revisionsschrift die an die Geschworenen gerichtete Fragestellung. Es war nämlich — wie uns der aus Leipzig spez. zugegangene Revisionsbericht mitteilte — nach den gestellten Fragen bezüglich der Diebstähle und Erpressung als Punkt 8 die Schuldfrage auf Mord in Verbindung mit versuchtem schweren Raub, begangen durch Landherr, und im Punkt 9 dieselbe Frage bei Scholze gestellt worden. Die Frage nach versuchtem schweren Raub war aber inkorrekt, denn es fehlten die Worte „durch Gewalt" und „begangen gegen eine Person". Weil nun bei Landherr die Strafe für den versuchten Raub in die Todesstrafe wegen Mordes einbezogen war, hielt es das Reichsgericht für notwendig, mit der Aufhebung des Urteils wegen versuchten schweren Raubes gleichzeitig das Todesurteil aufzuheben. Bei Scholze wurde das Urteil wegen versuchten schweren Raubes aufgehoben, und ferner bei beiden die erkannten Ehrenstrafen. Im übrigen wurde die Revision verworfen.

Die Verhandlung, die unter starkem Andrang des Publikums stattfindet, brachte heute vormittag die Vernehmung der beiden Angeklagten. Raummangels halber können wir den Bericht darüber erst morgen bringen. Scholze blieb bei seinen früheren Angaben. Eine sensationelle Wendung erhält der ganze Sachverhalt dadurch, daß Landherr entgegen seinen früheren Aussagen heute morgen mit aller Bestimmtheit behauptete, nicht er, sondern Scholze habe den Fischer ermordet und sei der Urheber der furchtbaren Tat. Heute nachmittag begann die Vernehmung der Zeugen.

Handelsregister. Am 3. März 1913 ist eingetragen. die offene Handelsgesellschaft unter der Firma Enemark u. Voß mit dem Sitze in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter sind 1. A. J. J. Enemark, 2. H. W. F. Voß, beide Kaufmann in Lübeck. Die Gesellschaft hat am 1. März 1913 begonnen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 4. d. Mts. ist vor einem Hause in der Hüxstraße ein Fahrrad, Marke „Störzner", mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 4346 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Felge des Hinterrades ist mit einem roten Strich verziert.

pb. **Gestohlener Überzieher.** Aus einem Hause der Moislinger Allee ist ein dunkler Winterüberzieher mit schwarzem Sammetkragen und zwei Reihen Hornknöpfen gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Offenbachs phantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen" (von ihrer ersten diesjährigen Aufführung im Anfang Februar mit Hedwig Francillo Kauffmann und Karl Erb als Gäste noch in vorteilhafter Erinnerung) wird am Sonnabend ihre erste Wiederholung finden. Das Personenverzeichnis nennt als „Hoffmann" Herrn Kollwitz und in den drei Partien „Olympia", „Julietta" und „Antonia" die Damen Overhof, Kruse-Tiburtius und Schmidt. Morgen Donnerstag: „Fra Diavolo", am Freitag: „Frau Juttas Untreue" von Otto Anthes. Für Sonntag steht Paul Heyses packendes Schauspiel „Kolberg", das anläßlich der Hundertjahr-Feier als Festaufführung in Szene gehen soll, auf dem Spielplan.

Schlutup. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonntag, dem 9. März, abends 8½ Uhr, im „Gasthof zur Linde" statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag des Genossen Bromme-Lübeck über „Imperialismus". Schon dieses interessante Thema sollte den Parteigenossen Veranlassung geben, vollzählig in der Versammlung zu erscheinen.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats fällt umständehalber morgen aus. Dieselbe findet am Freitag nächster Woche statt.

Rensefeld. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 8. d. M. nachmittags 7 Uhr in Evers Gasthof statt.

Hamburg. Im Beruf tödlich verunglückt ist der im Langengang 12 wohnende Ewerführer Riege. R. stürzte im Fleth hinter dem Sandtorkai von einem Stapel Bretter, die in seiner Schute lagen, in die Schute. Riege hatte so schwere Verletzungen davongetragen, daß er wenige Augenblicke nach dem Unfall starb. Die Leiche kam ins Hafenkrankenhaus.

Hamburg. Zur Aussperrung im Malergewerbe. Am ersten Aussperrungstage ließen sich aus Hamburg und Umgebung rund 700 Ausgesperrte in die Listen eintragen. Wenn man bedenkt, daß zurzeit etwa 4000 Maler- und Lackierergehilfen im Hamburger Lohngebiet in Arbeit stehen, so scheint es, als wenn die Mehrzahl der Hamburger Malermeister schließlich doch das Widersinnige ihres Beginnens eingesehen hat und sich an der Aussperrung nicht beteiligt, das beste, was sie in der jetzigen Zeit der guten Konjunktur tun kann. Einige Arbeitgeber versuchen ihre Gehilfen dadurch zu ködern, daß sie ihnen einen Revers zur Unterschrift vorlegen. In diesem Revers, der vom Arbeitgeberverband herausgegeben wird, sollen sich die Gehilfen verpflichten, aus dem Verband auszutreten und denselben nicht mit Geldmitteln zu unterstützen. Für den Fall der Zuwiderhandlung ist eine Konventionalstrafe von 20 Mk. vorgesehen, die dem Gehilfen vom Lohn einbehalten werden soll und dem Meister verfällt.

Kiel. Maleraussperrung. Gleichwie im gesamten Gau „Nord", umfassend Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck, Bremen, Mecklenburg und Hannover, haben am Dienstag abend sämtliche der Innung angehörende Malermeister Kiels ihre Gehilfen laut dem Beschluß ihres Zentralvorstandes in Berlin ausgesperrt. Gestern, bis gegen Mittag, hatten sich im Verbandsbureau der Maler rund 140 Ausgesperrte gemeldet. Wie aus Unternehmerkreisen verlautet, gedenken diese auch eine scharfe Materialsperre in die Wege zu leiten.

Helgoland. Das Torpedoboot-Unglück. Das Unglück ereignete sich nach einer Flottenübung, bei der beide Schiffe auf der Rückkehr begriffen waren, bei einem Durchbruchsversuch. Beide Schiffe fuhren infolge dessen, soweit bisher ermittelt wurde, nicht mit abgeblendeten Lichtern. Wie sich das Unglück ereignete, ist noch nicht klargelegt, da die Geretteten noch nicht an Land gebracht sind. Nur soviel steht fest, daß das Torpedoboot mit solcher Wucht getroffen wurde, daß es nach kurzer Zeit sank. Ein schwerer Weststurm und nächtliches Dunkel erschwerten das Rettungswerk. — Ueber den Hergang des Unglücks wird noch gemeldet, daß das Torpedoboot kurz vor 12 Uhr nach beendeter Uebung mit noch abgeblendeten Lichtern hinter der Düne vor Helgoland vor Anker gehen wollte. In diesem Augenblick kehrte auch der Kreuzer „York" zurück und wollte ebenfalls hinter der Düne vor Anker gehen. Infolge des hohen Seegangs rannte der Kreuzer mit dem Torpedoboot zusammen, das hinter dem letzten Schornstein getroffen wurde, sofort zur Seite neigte und bald darauf sank. Der Werftdampfer „Fleiß" ist zur Unfallstelle bei Helgoland abgegangen. Das gesunkene Boot ragt mit der Mastspitze aus dem Wasser hervor. — Es muß grauenhaft gewesen sein, dort in tiefer Nacht im Sturm. **70 brave Seeleute haben ihr Leben lassen müssen.** Weshalb? Wer oder was trägt die Schuld an diesem furchtbaren Menschenopfer? Hoffentlich gelingt es, die Ursache aufzuklären und die Verantwortlichen zu finden. Der eigentliche Kommandant des verunglückten Schiffes, Kapitänleutnant v. Zastrow, war in der Unglücksnacht nicht an Bord und ist somit dem Tode entgangen. Geführt wurde das Torpedoboot von dem Oberleutnant z. S. Pies.

Das Nachrichtenbureau des Reichs-Marine-Amts gibt folgende amtliche Darstellung über den Untergang des Torpedobootes „S. 178": In der vergangenen Nacht 11 Uhr 30 Min., auf der Rückkehr von einer Nachtübung, wurde das Boot von dem großen Kreuzer „York" gerammt. „S 178" sank in kurzer Zeit in die Tiefe. Das gesunkene Boot war in Wilhelmshaven beheimatet und gehörte zur 2. Torpedo-Division. Das Unglück ist als ein rein seemännisches und nicht als militärisches anzusprechen, da es sich ereignete, als die Nachtübung bereits beendet war und die Schiffe sich auf der Rückkehr befanden. Die Meldung, daß mit abgeblendeten Lichtern gefahren wurde, ist unrichtig. Nach Beendigung der Übungen gehen an Bord des Flaggschiffes zwei große Doppelsterne hoch, die das Signal zum Einstellen der Lichter darstellen. Sofort erscheint auf allen Kommandobrücken dann der Befehl, die Lichter einzustellen, es werden alsbald Backbord- und Steuerbordlicht, Hecklicht und Dampferlaterne eingeschaltet. Wie das Unglück sich ereignete, steht noch nicht fest. Die See war außerordentlich hoch, sodaß die Rettungsarbeiten ungemein erschwert wurden. Das Schiff wurde so unglücklich getroffen, daß es mittschiffs entzwei geschnitten wurde und sofort sank. Von allen Schiffen, die sich in der Nähe befanden, wurden sofort Rettungsboote ausgesetzt, und nach hier bisher eingegangenen Funksprüchen hat noch eine Reihe von Schiffen Gerettete an Bord.

Von der Besatzung des Torpedoboots S 178 werden vermißt: die Oberleutnants zur See Pies und Schede, der Steuermann Grubenschwager, der Maschinist Maas, die Obermaschinistenmaate Stoffer, Fichtner, Gent, die Maschinistenmaate Seibel, Möller, Einhaus, Schröder, Boester und Stoeßer, der Oberbootsmannsmaat Barton, der Bootsmannsmaat Heinzen, der Sanitätsmaat Senft, die Oberanwärter Haak, Paulsen und Hebauf, die Obermatrosen Biering, Heyermann, Bauersfeld, Binder, Wirth, Schweißfurth, Müller (Arnold), die Oberheizer Thomas, Ley, Obladen, Debbertin, Steinmann, Falk, Buschkötter, Endres, Patecki, Stepper, Hachmann, Ogwdowczik, Kmieczik, Weber (Paul), Wiegand, Fischer, Eifert, Friedrichs, Geil, Sens, Gerhardt, die Maschinistenanwärter Fahringen, Hochapfel, Grobe, die Matrosen Beyer, Bawolski, Hektor, Kraus, Bruns, Wilm, Wiebecke, Buttgereit, Lübberty, die Heizer Schilling, Hille, Kronneberg, Sartorius, Zwierz, Osse, Becker (Wilhelm), Schwarz, Becker (Christian), Herren und Rahm.

Die Namen der Geretteten lauten: Marineingenieur Kühn, Marine-Assistenzarzt Nancke, die Obermaschinistenmaate Byttlik und Rödiger, der Bootsmannsmaat Meins, der Maschinistenmaat Schönbeck, die Obermatrosen Kabisch und Großkopf, die Oberheizer Koch, Gleim, Berge, der Matrose Mallin, die Maschinistenanwärter Spekyn und Cordes und der Heizer Morlock.

Einen ganz ähnlichen Unfall erlitt die Marine erst am 14. September vorigen Jahres. Damals wurde das Torpedoboot „G 171" vom Linienschiff „Zähringen" bei einem Durchbruchsversuch gerammt und sank mit sieben Mann. Im November 1905 erfolgte bei demselben Manöver die Kollision des Torpedobootes „S 126" mit dem Kreuzer „Undine"; damals büßten dreißig Mann ihr Leben ein. Aber auch außerhalb der Manöver sind die Torpedoboote wiederholt von Unfällen heimgesucht worden. Im Juni 1902 sank in der Unterelbe „S 42" nach einem Zusammenstoß mit dem englischen Kohlendampfer „Firsby". Einem furchtbaren Sturm und Unwetter fiel am 22. September 1897 das vom Herzog Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin geführte Torpedoboot „S 26" zum Opfer; es kenterte und der Herzog und acht Mann büßten ihr Leben ein.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 5. März.

1. Klasse 381 Drittel zu 139,95 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 52 „ „ 132,31 Mk. „ „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: **Paul Löwigt**, für den gesamten übrigen Inhalt **Johannes Stelling**. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Cocosa

Feinste Pflanzen-Butter Margarine

Überall erhältlich!

Von höchstem Wohlgeschmack, wie Naturbutter!

Allein. Fabr.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.) 1670

Kinder- u. Erstlings-Wäsche

kauft man am vorteilhaftesten bei

Gebrüder Hefti
Lübeck
Untertrave 111/112, bei der Holstenstr.

(235)

Arbeiter-Abstinentenbund

Versammlung

am Freitag, dem 7. März
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52

1677) Der Vorstand.

Zentral-Verband der

Maschinisten und Heizer.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 7. März 1913
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Referent: **E. Kusch.**

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.

1668) Der Vorstand.

Achtung!

Bauarbeiter-Verbd.

Schwartau.

Einladung zum

BALL

am Sonnabend, dem 8. März
in Süfkes Gasthaus
in Rensefeld.

Anfang 7 Uhr. Eintritt **80** Pfg.
1678) Das Komitee.

Kalnbergs Variété

Ganz Lübeck spricht
über das jetzige
brillante Programm.
4 Komiker.

1686 Beginn 8 Uhr. Entree **30** Pfg.

Albert

Bassermann

kommt!
in „Der Andere"
von Dr. **Paul Lindau.**
Allein-Aufführungsrecht! (1642
Neues Lichtspiel-Theater.

Hansa-Theater.

Täglich:

Das urkomische März-Programm.

8½ Uhr Anfang 8½ Uhr

Vorzugskarten gültig. (1616

Ab 11 Uhr: **Kabarett.**
Konferenzier: Herr **Hammer**
plattdeutsches Unikum.

Neues Stadttheater.

Freitag, den 7. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
144. V. i. Voll-Ab. 24. V. i. Freitags-Ab.

Frau Juttas Untreue.

Schauspiel von Otto Anthes.
Schauspielpreise.

Sonnabend, den 8. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
145. V. i. Voll-A. 13. V. i. Sonnabd.-A.

Hoffmanns Erzählungen.

Oper von J. Offenbach.
Opern-Preise. (1672

Sonntag, den 9. März 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
146. Vorst. im Voll-Abonnement.
Festaufführung:

Kolberg.

hist. Schauspiel von Paul Heyse.
Schauspiel-Preise.

Wollen Sie

eine gute **Margarine** kaufen,
dann gehen Sie ruhig nach

Carl Schepler, Pfaffenstraße 2.

Damit die verehrten Kunden sich von der Qualität überzeugen können, gebe ich als Reklame **Freitag, d. 7. u. Sonnabend, d. 8. März**

Gratis

auf 2 Pfd. Irma-Pflanzen-Margarine
eine echte Porzellantasse, Wert 50 Pfg.

Auf Margarine-Butter gebe ich Rabatt.

1681) **Carl Schepler,** Pfaffenstr. 2.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, dem 8. März
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Mitteilung des Vorstandes.
3. „Die Bekämpfung der freien Gewerkschaften in jüngster Zeit." Referent: Verbandsvorsitzender **Martin Etzel-Berlin.**
4. Diskussion. Verschiedenes.

Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht

1655) Der Vorstand.

Cafetin

coffeinfreier **Ersatz** für **Bohnenkaffee**
½-Pfund-Paket 25 ₰
1-Pfund-Paket 50 ₰
empfiehlt **Ernst Voss**
1684) Große Burgstr. 59.

Achtung Schlosser!

Extra-Angebot

in blauen Schlosserjacken u. Hosen zu noch nie dagewesenen Preisen.

Extra schwere Jacke,	Gr. 40-44	1.78 M.
„ „ „	„ 45-56	1.95 M.
„ „ „	„ 58-60	2.40 M.
„ „ Hosen	„ 70-74	1.78 M.
„ „ „	„ 76-84	1.95 M.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Johannes Holst,
Kohlmarkt 6. Markt 6.
Rote Rabattmarken. (1247

Wir bezahlen zahlen die höchsten Preise für **Hausfrauenlumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Neues Tuch.** (1225
Telephon 2130 Kaiserstraße 25.

Willi Westfehling
empfiehlt zur 1625
Konfirmation
Uhren u. Goldwaren
32 Holstenstraße **32**

Achtung!

Kohlenplatzarbeiter und Kutscher!

Versammlung

am Freitag, d. 7. März
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung:

1. Wahlen.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

1669) Der Vorstand.

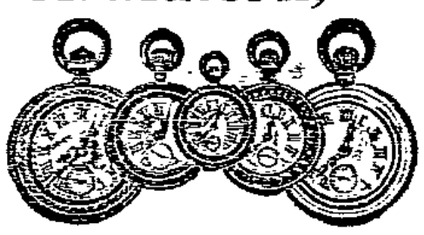
NB. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Ehrenpflicht!

Schneeweiße Wäsche

gibt **Ragoda-Schnellwaschmittel.** Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekte beim Kaufmann.

Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen. (230

A. Matern, Uhrmacher, Beckergrube 26, Lübeck



empfiehlt unter mehrjähriger Garantie:

Gold. Damenuhren 10 Steine von	18,— M.
Silb. Damenuhren . . . . „	8,50 „
Silb. Herrenuhren . . . . . „	10,— „
Nickel-Herrenuhren . . . . . „	3,— „

Ferner **Broschen, Ohrringe, Ketten, Wecker** v. 1,80 M., **Freischwinger** v. 18 M.
Reparatur-Werkstatt. (1666

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Donnerstag, dem 6. März 1913
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1912.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrates über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.
4. Verteilung des Reingewinns.
5. Abänderung der §§ 3, 5, 14, 15 und 32 des Statuts.

An dieser Versammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Anteilscheine legitimieren müssen.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.

P. Pape. J. Böger.

NB. Die Bilanz sowie die Jahresrechnung liegen vom Mittwoch, dem 26. Februar bis 6. März 1913 zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokal, Töpferweg 65, aus. (1371

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Donnerstag, den 13. März 1913:

Laube-Abend

im „Gewerkschaftshaus", Johannisstraße 50-52.

Thema: Im Lande der Mitternachtssonne
(ca. 110 farbige Lichtbilder).

Vortragender: Herr Richard Laube, Leipzig.

Saalöffnung 7½ Uhr. Anfang 8½ Uhr.

Eintritt 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.

Mitglieder und deren Frauen haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches freien Eintritt.

Rauchen verboten.

Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

1680) Der Vorstand.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 55. Donnerstag, den 6. März 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 5. März.

126. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Tirpitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz (die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen): Ich habe dem hohen Hause die traurige Mitteilung zu machen, daß unsere Marine in der letzten Nacht um Mitternacht von einem schweren Unglücksfall betroffen worden ist, dem eine größere Anzahl von Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Es handelt sich um einen Zusammenstoß zwischen dem Panzerkreuzer „York" und dem Torpedoboot „S. 178". Genauere Angaben habe ich darüber noch nicht, ich weiß noch nicht, ob das Unglück direkt während des Manövers stattgefunden hat oder unmittelbar danach, nachdem die Lichter schon gesetzt worden sind und wo natürlich eine gewisse Reaktion gegenüber der Spannung eintritt. Der Umstand, daß verhältnismäßig wenige gerettet worden sind, nur ein Arzt, ein Ingenieur und 15 Unteroffiziere und Mannschaften— alle übrigen sind ertrunken — ist wahrscheinlich dem sehr stürmischen dunklen Wetter auf der Nordsee zuzuschreiben. Die Marine betrauert den frühen Seemannstod so vieler tapferen Kameraden aufs tiefste, sie wird ihr Andenken in hohen Ehren halten. Aber der Unglücksfall muß der Marine ein Ansporn sein, den dahingeschiedenen Kameraden in gleicher Pflichterfüllung zu folgen und zu dienen für Kaiser und Reich.

Präsident Kämpf: Mit Schmerz haben wir die traurige Botschaft vernommen. Der deutsche Reichstag wird mit dem gesamten deutschen Volke den braven Männern, die in treuester Pflichterfüllung den Tod gefunden haben, ein ehrenvolles Andenken bewahren. Ich stelle fest, daß Sie sich zum Zeugnis dessen von Ihren Sitzen erhoben haben.

Auf der Tagesordnung steht ein konservativer Antrag, der mehr kleine Garnisonen verlangt, freie Eisenbahnfahrt auch auf Schnellzügen für Militärurlauber, vermehrten Ernteurlaub, Beschränkung der Kontrollversammlungen, schnellere Abschätzung der durch militärische Uebungen verursachten Ernteschäden, und eine Erhöhung des Servisgeldes für Pferde.

Mit zur Debatte gestellt wird ein Antrag Behrens (Wirtschaftl. Vgg.), der die Landwirte und Obstzüchter bei der Feststellung von Flur- und Obstschäden bei Truppenübungen gegen Nachteile besser schützen will.

Flemming (Kons.): Angesichts der großen Lasten, die die kleinen Landstädte zu tragen haben, ist ihr Wunsch nach Garnisonen verständlich, die dem ganzen Wirtschaftsleben einer solchen kleinen Stadt zugute kommen. Aus den großen Garnisonen kehren später nur sehr wenig junge Leute in die Heimat zurück, sie lassen sich von den Verführungen der Großstadt verlocken; sie verfallen dort auch der Agitation der Sozialdemokratie, für deren antimilitaristischen Charkter ich nur auf die Pariser Rede des Abg. Scheidemann zu verweisen brauche. (Sehr wahr! rechts.) Der Redner empfiehlt dann noch die übrigen Punkte des konservativen Antrags.

Noske (SD.): Der Vorredner hat den guten Geschmack gehabt, noch einmal auf die Pariser Rede Scheidemanns zu kommen. Nachdem Scheidemann die Leute, die diesen ausgemachten Schwindel immer wieder wiederholen, von dieser Tribüne in treffender Weise charakterisiert hat, habe ich dazu nichts mehr zu sagen. (Sehr gut! b. d. Soz.) — Von fast allen Schichten des Volkes werden die Schäden des militärischen Systems drückend empfunden, nur von der dünnen Schicht nicht, die hinter den Antragstellern steht, und die hohen Offiziersstellen besetzt. Auch die bürgerliche Presse klagt ja über die Bevorzugung des Adels in der Armee. Freilich wird das deutsche Bürgertum durch seinen wachsenden Byzantismus ein größeres Maß von Achtung und Beachtung nicht erreichen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Unzufriedenheit mit den wachsenden Lasten, zufolge der agrarischen Politik, scheint jetzt auch die kleinen Städte zu ergreifen, und daraus erklärt sich wohl der Antrag der Konservativen, die ja nicht ungeschickte Taktiker sind, sie wollen den Steuerträgern der neuen bevorstehenden Rüstungne auch etwas bieten, um sie vom Abfall zu anderen Parteien abzuhalten. Daß die Erfüllung dieses Antrages Geld kosten würde, geniert sie weiter nicht, sie wissen, daß der bittere Kelch des Steuerzahlens an ihnen selbst vorübergehen wird. — Ueber die einzelnen Punkte des Antrages wünschen wir getrennte Abstimmung. Der Erhöhung des Servisgeldes für Pferde stimmen wir zu, da der Wert der Pferde erheblich gestiegen ist. Auch Punkt 5, der die schnellere Abschätzung der Ernteschäden verlangt, findet unsere Zustimmung, wie auch der selbstverständliche Antrag Behrens. In unser überall angebautes Land paßt eben unser ganzes Militärsystem gar nicht mehr hinein. Auch damit sind wir einverstanden, daß jährlich nur einmal eine Kontrollversammlung stattfinden soll, der Reichstag hat das wiederholt gefordert, die Militärverwaltung hat es mit nicht stichhaltigen Gründen abgelehnt. Auch daß die Leute am Tage einer Kontrollversammlung den ganzen Tag unterm Militärrecht stehen, führt zu ganz unhaltbaren Zuständen. Das Verlangen des Antrages nach Ernteurlaub in größerem Umfange ist eine schwere Anklage gegen die bestehende lange Dienstzeit, unter der besonders die bäuerliche Bevölkerung leidet. Ihnen würde wesentlich mehr als mit den Ernteurlaubern mit einer kürzeren Dienstzeit geholfen werden. Die Ernteurlauber nützen wesentlich dem Großgrundbesitzer, der dann nicht notwendig hat, durch anständige Bezahlung für einen Stamm guter deutscher Arbeiter zu sorgen. Es zeigt von der Tiefgründigkeit konservativer Betrachtugnsweise, daß der konservative Redner als Ursache der Landflucht nur die Vergnügungssucht der jungen Bauernsöhne anzuführen weiß. Sorgen Sie doch erst für gute Wohnungen auf dem Lande. (Zurufe rechts.) Es ist noch gar nicht lange her, seit der Kaiser das Wort geprägt hat, auf dem Lande wohnen die Schweine vielfach besser wie die Menschen. (Zuruf rechts: In Berlin ebenfalls.) Daß auch in den Großstädten Wohnungselend besteht, beklagt niemand mehr wie wir. Wir haben noch nie gewünscht, daß die Landarbeiter in Scharen in die Industriegebiete kommen. Wir reden ihnen vielmehr zu, auf dem Lande für bessere Existenzbedingungen zu sorgen. Leider wird ihnen das durch den Mangel des Koalitionsrechts erschwert. Wer die Landflucht beklagt, soll nicht von der Vergnügungssucht der Proletarier reden, sondern soll den Agrariern ihre Pflicht vor Augen führen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei der ungeheuren Steigerung der agrarischen Profite sollen sie etwas für die Verbesserung der Lage ihrer Leute tun. Statt dessen wollen sie Soldaten zur Ernte haben, vielleicht gar umsonst, bei den Konservativen weiß man ja nie, wie weit die Begehrlichkeit geht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir stimmen dem Antrag unter der Bedingung zu, daß die Ernteurlauber den vollen Lohn bekommen, wie andere Arbeiter. (Zuruf rechts: Sie bekommen mehr!) Ich nehme davon Notiz; es ist aber angebracht, das hier zu betonen. Die kleinen Landwirte würden allerdings mehr von der Verkürzung der Dienstzeit auch bei den reitenden Truppen haben; wenn die Konservativen sich dagegen wenden, erweisen sie sich trotz ihrer Reden als Bauernfeinde. Auch dagegen müßten sie im Interesse der kleinen Besitzer sich sträuben, daß vom Oktober ab 40—50 000 Mann mehr unter die Waffen gerufen werden sollen, von denen ein großer Teil aus der Landwirtschaft genommen wird. Gegen Punkt 2 des Antrages, der die freie Eisenbahnfahrt jährlich einmal für die Militärurlauber fordert, wird wohl niemand im Hause Widerspruch erheben. Viele Rekruten werden weit fort von der Heimat geschickt, und zwar nur in Rücksicht auf den inneren Feind. Der Soldat soll sich in der Garnison fremd fühlen, damit er leichter gegen die Bevölkerung aufgeboten werden kann. Gegen Punkt 1, die Schaffung kleiner Garnisonen, spreche ich mich entschieden aus. In den Gemeindevertretungen, die die Garnisonen wünschen, ist nur eine interessierte Minderheit vertreten. Der Wehrhaftigkeit dienen die kleinen Garnisonen nicht. Die Antragsteller wünschen einen häufigen Offizierswechsel in den kleinen Garnisonen, wodurch die jetzt schon erheblichen Umzugskosten noch stärker wachsen würden. Ich gebe den Antragstellern zu, daß in Berlin zuviel Militär zusammengeballt ist. Auch das ist nicht aus militärischen Gründen geschehen, sondern aus höfischen Rücksichten. Aus solchen Rücksichten hat man ein ganzes Regiment Husaren von Rathenow nach Berlin mit der Eisenbahn geschickt, um bei einem prinzlichen Einzug Spalier zu bilden. Tausende von Mark hat das gekostet. Wäre ich Monarchist, so würde ich bedauern, daß sich keiner findet, der der maßgebenden Stelle sagt, wie unangebracht eine solche Maßnahme ist zu einer Zeit, wo alle Welt von Sparsamkeit redet. Die Söhne des Volkes sind doch nicht dazu da, Spielzeug für Prinzen abzugeben. (Unruhe bei den bürgerlichen Parteien. Sehr gut! bei den Soz.) Die wirtschaftlichen Vorteile einer kleinen Stadt durch eine Garnison erkenne ich an. Nur für die Grundbesitzer ergeben sich Vorteile durch Steigerung der Mieten, die aber die übrigen Einwohner zu zahlen haben. Höchstens könnte man das Argument anführen, man müsse dem Geburtenrückgang entgegenwirken. (Heiterkeit.) Kleine Garnisonen führen zu einer starken Vermehrung der unehelichen Geburten. Aber für die Mehrzahl der Bewohner der kleinen Städte ist das kein Vorteil, denn die Unteroffiziere und Mannschaften zeigen gerade nicht einen besonderen Eifer in der Zahlung von Alimenten. So läuft auch dieses Argument darauf hinaus, daß die Armenlasten der kleinen Städte wachsen. Dann will der Redner noch durch Schaffung der kleinen Garnisonen die Sozialdemokratie bekämpfen. Auf diesen alten Ladenhüter gehe ich nicht ein. Die wachsende Abneigung gegen den Dienst erklärt sich genügend durch die Soldatenschindereien und den militärischen Kastengeist. Sorgen Sie mit uns dafür, daß hierin eine Aenderung eintritt. Zum Schluß noch einmal: Sie wollen der wachsenden Unzufriedenheit der konservativen Wähler begegnen. Sie würden ihnen viel mehr dienen durch Bekämpfung der Treibereien, die auf neue starke Vermehrung der Militärlasten hinauslaufen. (Bravo! bei den Soz.)

Angerpointner (Z.) stimmt dem Antrage zu. Insbesondere der Ernteurlaub für Soldaten liegt im Interesse der Landwirtschaft und somit des ganzen Volkes.

Schulenburg (NL.) erklärt sich mit dem Antrage einverstanden und wünscht überdies Portofreiheit für Briefe von Soldaten an ihre Angehörigen.

Weinhausen (Vp.): Die alte abgegraste Sache der kleinen Garnisonen scheint man vor den Landtagswahlen wieder hervorgeholt zu haben, weil man glaubt, sie werde ziehen. Wir lehnen die kleinen Garnisonen nicht so unbedingt ab wie die Sozialdemokraten und werden auch den anderen Forderungen des Antrages zustimmen. Die Landflucht freilich kann man nicht mit kleinen Garnisonen bekämpfen, sondern nur, wenn man für eine bessere Existenz der Landarbeiter sorgt. (Sehr richtig! links.)

v. Oertzen (Rp.) empfiehlt die kleinen Garnisonen vor allem mit Rücksicht auf die Kavallerie, die dort mehr Gelände für ihre Uebungen zur Verfügung hat.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Antrag wird in allen Punkten und mit dem Antrage Behrens einstimmig angenommen mit Ausnahme des Punktes 1 (Schaffung kleiner Garnisonen), der gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wird.

Es folgen

Petitionen.

Eine Petition der Verpflegungsstationen und des Zentralvorstandes der Arbeiterkolonien verlangt reichsgesetzliche Bestimmungen, durch welche die Bundesstaaten zur Vorsorge für wandernde Arbeitsuchende verpflichtet werden.

Die Kommission beantragt die Petition, soweit sie reichsgesetzliche Regelung der Wanderfürsorge verlangt, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit sie die Regelung den Bundesstaaten überlassen will, über sie zur Tagesordnung überzugehen.

Thöne (SD.): Wir verlangen eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge überhaupt, die der Wanderfürsorge allein könnte nur Stückwerk sein. Bei einer reichs-

---

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(26. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Das ist sehr gütig von Ihnen", meinte Thießen. Seine Stimme drückte bewundernde Dankbarkeit aus, aber er gab kein Zeichen von sich, daß er seinen Stuhl verlassen wolle.

„Sie haben doch nichts dagegen?" fragte Fräulein Schümann, blieb vor ihm stehen und streckte ihm halb ihre Hand entgegen.

Die Bitte kam so unerwartet, daß das junge Mädchen keine Antwort bereit hatte. Sie zögerte und war verloren. Schließlich gab sie ihrer Besorgnis Ausdruck, daß sie ihn vielleicht zu lange warten lassen könne, während sie sich fertig mache, eine Besorgnis, welche in Betracht zu ziehen er höflich ablehnte.

„Nun, wir werden ja sehen," sagte das erstaunte Fräulein Schümann zu sich, als sie langsam die Treppe hinaufstieg. „Er ist frech genug für vierzig."

Sie begann ihre Vorbereitungen, Herrn Wilkens zu besuchen, damit, daß sie sich einen Schal um die Schultern warf und sich mit einem Roman in einen Lehnstuhl setzte. Es war eine gute Geschichte, aber es war sehr kalt im Zimmer, und selbst das Vergnügen, einen zudringlichen jungen Mann abweisend zu behandeln, bot keinen Ersatz für den Mangel an Wärme. Sie las und schauerte etwa eine Stunde lang vor Kälte, dann zündete sie mit erstarrten Fingern das Gas an und begann, sich für den Ausgang fertig zu machen.

Ihre Laune besserte sich nicht, als sie Herrn Thießen im Dunkeln beim warmen Ofen sitzen sah, als sie herunterkam.

„Ich fürchte, ich habe Sie warten lassen," meinte sie.

„Ganz und gar nicht," widersprach Thießen. „Ich habe es hier ganz gemütlich."

Fräulein Schümann unterdrückte einen Schauder, kam durch das Zimmer und hielt gedankenlos die Finger an den Ofen.

„Ich fürchte, es friert Sie," sagte Thießen.

Das junge Mädchen blickte sich scharf um. Sein Gesicht trug, so viel sie im Schein der Ofenglut davon sehen konnte, einen Ausdruck ehrlicher Anteilnahme, der zu dem Ton seiner Stimme nicht ganz paßte. Wenn es nicht unsinnig gewesen wäre, ihre Pläne seinetwegen zu ändern, würde sie ihren Besuch bei dem Steward auf einen andern Tag verschoben haben.

Der Spaziergang nach der Elisen-Allee war viel zu kurz für Ernst Thießen. Fräulein Schümann schritt an seiner Seite mit der Miene einer Märtyrerin, die begierig ist, auf den Scheiterhaufen zu steigen, damit bald alles vorüber sei, und als ihr Begleiter über die Schönheit des Abends sprach, antwortete sie ihm nur einsilbig. Ein bitter kalter Ostwind blies die Straße entlang, so daß sie sich nach den Annehmlichkeiten von Herrn Wilkens bester Stube sehnte.

„Es ist sehr kalt," sagte sie zitternd.

Thießen stimmte ihr bei und beschleunigte widerwillig seinen Gang, um mit ihr Schritt zu halten. Fräulein Schümann, das Kinn in ihrer Pelzboa vergraben, sah weder nach rechts noch nach links, wandte sich schnell in die Allee, ergriff rasch den Drücker von Herrn Wilkens Haustür und trat ins Haus, indem sie ihrem Begleiter überließ, ihr zu folgen.

Der Steward, der beim Ofen saß, und eine lange Pfeife rauchte, sah entsetzt auf. Dann änderte sich sein Gesichtsausdruck, als er seine Besucher erkannte; er erhob sich und stammelte ein Willkommen. Zwei Minuten später thronte Fräulein Schümann im besten Lehnstuhl, hatte ihre Füße auf den Ofenvorsatz gestellt und erteilte ihrem treuen Diener ihre volle Verzeihung und die Erlaubnis, heißen Kaffee zu machen.

„Und versuchen Sie niemals wieder, mich zu hintergehen, Peter," sagte sie, als sie das angenehme Getränk schlürfte.

„Nein, Fräulein", erwiderte ergebenst der Steward. „Ich habe meine Lehre bekommen. Ich werde nie wieder versuchen, jemanden zu pressen, so lange ich lebe."

Nach diesem tugendhaften Gefühlsausbruch setzte er sich nieder und rauchte ruhig weiter, wobei er gelegentlich neugierige Blicke von einem seiner Besucher zum andern gleiten ließ. Ein müssiger und lächerlicher Gedanke, der ihm im Zusammenhang damit kam, wurde sofort als zu abgeschmackt für einen verständigen Steward verworfen.

„Frau König wohl?" fragte er.

„Ganz wohl," antwortete das junge Mädchen. „Wenn Sie mich nach Hause bringen, Peter, sollen Sie sie sprechen und sich auch ihre Verzeihung holen."

„Danke sehr, Fräulein," meinte der Steward erfreut.

„Und wie steht es mit Ihrem Fuß?" warf Thießen ein, der sich durch dieses Arrangement etwas zurückgesetzt fühlte.

„Fuß, Herr Thießen?" fragte achtlos Herr Wilkens, „welchem Fuß?"

„Nun, dem schlimmen," antwortete Thießen mit einem bedeutsamen Blick.

„Ach so, dem schlimmen," entgegnete Herr Wilkens, um Zeit zu gewinnen und auf weitere Informationen zu warten.

„Glauben Sie, daß es gut sein wird, ihn so sehr anzustrengen?" fragte Thießen weiter.

Herr Wilkens sah diesen Fuß, oder besser gesagt, sah beide an und lächelte schwach. Seine vorherige Idee kam ihm jetzt mit verstärkter Kraft von neuem, und verschiedene, bisher unbeachtete Einzelheiten in dem Benehmen des jungen Mannes erhielten plötzlich Bedeutung. Fräulein Schümann sah mit einem Ausdruck zynischen Interesses zu.

„Es ist besser, es nicht zu riskieren," sprach Thießen ernst. „Ich werde mit dem größten Vergnügen Fräulein Schümann nach Hause bringen, wenn sie es mir gestatten will."

„Was ist denn eigentlich damit?" fragte Fräulein Schümann, und sah ihm voll ins Gesicht.

Thießen zögerte. Diplomatie, sagte er sich, war eine Sache für sich, Lügen eine andere. Er gab also die Frage an den in dieser Beziehung etwas mehr abgehärteten Herrn Wilkens weiter.

„Was damit ist?" wiederholte dieser Ehrenmann, und sah ihn vorwurfsvoll an. „Ich habe beim Auftreten einen stechenden Schmerz. Ich denke mir, es war zu viel für den Fuß, daß ich in Hamburg jeden Tag meilenweit gelaufen bin, um den Käppen zu suchen."

„Ist es zu schlimm, um mich nach Hause zu bringen, Peter?" fragte Fräulein Schümann sanft.

Der verwirrte Wilkens sah von einem zum andern. Als Sportsmann waren seine Sympathien bei Thießen, aber seine Pflicht führte ihn auf die Seite des jungen Mädchens.

„Ich will gern mein bestes tun, Fräulein," sprach er, stand auf und hinkte — tatsächlich sehr gut für einen ersten Versuch — durch das Zimmer.

Da tat Fräulein Schümann etwas, was ihr selbst noch lange Zeit nachher rätselhaft geblieben ist. Nachdem sie den Sieg gewonnen hatte, warf sie die Früchte desselben freiwillig fort, indem sie es ablehnte zu gestatten, daß der Steward irgend welche Gefahr für sich lief, und nahm Thießens Begleitung nach Hause an. Herr Wilkens sah ihnen von der Tür aus nach, und mit einem Kopf, in dem alles, was an diesem Abend geschehen, herumwirbelte, mischte er sich ein Glas steifen Grog, um alles wieder in Reih und Glied zu bringen. Das Glas Grog aber trank er auf das Wohl der beiden.

Der Wind hatte an Heftigkeit etwas nachgelassen, als sie beide heimgingen, und überdies hatten sie ihn im Rücken. Der Rückweg war langsamer und in vielen Beziehungen erfreulicher als der Hinweg. In ungewöhlich sanfter Weise antwortete sie auf Thießens Bemerkungen und warf ihm gelegentlich kleine, kritische Blicke zu. Als sie das Haus erreichten, stand sie noch eine kleine Weile an der Gartenpforte, sah nach dem gestirnten Himmel und lauschte auf das Krachen der See draußen.

„Es ist ein herrlicher Abend," sagte sie, als sie sich die Hände gaben.

„Der schönste, den ich je erlebt habe," erwiderte Thießen.

„Gute Nacht!"

gesetzlichen Regelung lediglich der Wanderfürsorge dürften keineswegs die in Preußen geltenden Bestimmungen als Muster dienen, denn da hält man den Arbeitslosen ganz allgemein für einen Arbeitsscheuen, man erblickt in ihm nicht den notleidenden Mitmenschen, dem geholfen werden muß, sondern einen heruntergekommenen Vagabunden, ohne daran zu denken, daß selbst in solchen Fällen die lange Arbeitslosigkeit und die Aussichtslosigkeit, Arbeit zu erhalten, selbst einen tüchtigen Menschen vom rechten Wege abführen können. Drakonische Strafbestimmungen hat man gegen Arbeitslose in den Wanderarbeitsstätten. Arbeitslose, die keine Papiere haben, werden mit Entziehung der Mahlzeiten und Entziehung des Bettes bestraft. (Hört, hört! bei den Soz.) In den mit den Wanderarbeitsstätten verbundenen Kolonien müssen die Leute sich verpflichten, mindestens ein Vierteljahr lang für 30 bis 50 Pfg. zu arbeiten. (Hört, hört! bei den Soz.) In der Not geht mancher darauf ein, geht er aber dann früher fort, so läuft er Gefahr, als arbeitsscheu verhaftet zu werden. Es ist unwürdig, die Notlage der arbeitslosen Wandernden zu derartigen Verträgen auszunutzen. Also solche Bestimmungen dürfen nicht Muster einer reichsgesetzlichen Regelung sein, die aber, wie gesagt, alle Arbeitslosen umfassen müßte; die notwendigen Unterlagen dazu sind längst vorhanden. (Bravo! bei den Soz.)

Bernstein (SD.): Die gegenwärtige Art der Wanderfürsorge degradiert die Arbeitslosen; viel wertvoller wäre eine allgemeine Arbeitslosenversicherung.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eine Petition betr. die Festlegung des Osterfestes und eine andere betr. Rechtsverhältnisse der Berufsvereine wird dem Reichskanzler als Material überwiesen, ebenso die Petition betr. Aenderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Eine Reihe von Petitionen auf Beseitigung der konfessionellen Eidesformel, des Zwanges der Dissidentenkinder zum Religionsunterricht und der besonderen Strafbestimmungen bei Religionsstörungen beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. Ein Antrag Albrecht (SD.) verlangt Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Gröber (Z.) bekämpft den sozialdemokratischen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Petitionen in sich widerspruchsvoll seien.

Thiele (SD.) bestreitet, daß hier Widersprüche vorhanden seien, es werde die Aufhebung der besonderen Strafbestimmungen bei Religionsstörungen verlangt, keineswegs die Aufhebung der allgemeinen strafgesetzlichen Bestimmungen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eine Petition des Deutschen Roßschlächterverbandes auf Aufhebung des Verbots des Feilhaltens und Verkaufs von Pferdefleisch in Räumen, wo auch Fleisch von anderen Tieren feilgehalten wird, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Etatnotgesetz, Kolonialetat.)

Schluß 6¾ Uhr.

Ein Jubiläum der Schmach.

(Zur Dreihundertjahrfeier der Dynastie Romanow am 6. März.)

Alle Kirchenglocken im ganzen russischen Reiche läuten heute die Dreihundertjahrfeier der Dynastie Romanow ein, die vom offiziellen Rußland mit unerhörtem Prunk gefeiert wird. Weil der junge Michael Romanow in Anbetracht „seiner Jugend und Dummheit" von der damals allmächtigen Bojarenkaste, die in 15 Jahren 6 Zaren ernannt und entthront hatte, am 6. März 1613 auf den Moskauer Zarenthron erhoben wurde, benutzt der heutige Träger der russischen Kaiserkrone, Zar Nikolaus der Blutige, die Wiederkehr des 300. Jahrestages dieser historischen Date zur pomphaften Verherrlichung seiner Dynastie, zur weiteren Festigung des russischen Absolutismus.

Von rein dynastisch-geschichtlichem Standpunkte aus hätte Nikolaus II. wahrlich keine Veranlassung, diesen Tag festlich zu begehen. Denn mit den Romanows hat das jetzige russische Herrscherhaus nur die äußeren Anzeichen ihrer unbeschränkten Macht gemein. Der letzte Sproß dieses Geschlechts, das 150 Jahre, von Palastrevolutionen und Zarenmorden zerrissen, über Rußland herrschte, Zar Peter III., wurde von seiner Gemahlin Katharina II. gestürzt und am 17. Juli 1762 in ihrem Auftrage ermordet. Die eigentliche Stammutter des heutigen Zarenhauses war Katharina II., eine geborene Prinzessin von Anhalt-Zerbst, die, Dirne und Abenteuerin zugleich, die Zarenkrone an sich riß und erst die Grundlage schuf für die innere und äußere Politik des modernen russischen Absolutismus. Der eigentliche Ursprung ihrer Nachkommenschaft, der in Rußland streng geheim gehalten wird, wird selbst von der deutschen Universitätswissenschaft nicht in Zweifel gezogen. So bestätigt der bekannte Jenenser Geschichtsprofessor E. Herrmann in seiner „Geschichte des russischen Staats" (Hamburg 1853), auf Grund unanfechtbarer Geschichtsquellen, daß Katharinas Nachfolger, Paul I., der Sohn des Kammerherrn Saltykow und Katharinas war. über die Kaiserin selbst schreibt derselbe Prof. Herrmann: „Für sie gab es kein Laster und kein Verbrechen, das sie nicht ihrer Herrschsucht dienstbar machte. . ." Von ihr, die von Friedrich II. mit der Katharina von Medici verglichen wurde, nimmt die heutige russische Dynastie, die preußisch-mongolische Dynastie Saltykow, ihren Ursprung, und ihr Anfangsdate ist nicht der 6. März 1613, sondern der 9. Juli 1762, da Katharina II., die Mörderin ihres Gatten, sich „von Gottes Gnaden" zur Kaiserin und Selbstherrscherin aller Reußen ausrufen ließ.

Zarenmord und Palastrevolutionen standen auch weiterhin an der Wiege des russischen Herrscherhauses. Katharinas Sohn, der wahnsinnige Paul I., wurde unter der nächsten Beteiligung seines Sohnes Alexander I. ermordet, und erst nach dessen von inneren Wirren begleiteten Abdankung im Dezember 1825 setzte jene Reihe der russischen Zaren ein, die die Völkerschaften Rußlands seit einem Jahrhundert in ihrem blutigen Bann halten. Diese Zarenreihe wird gleichsam gekrönt von Nikolaus II., in dessen Gestalt die schmachvollsten Seiten des russischen Absolutismus zur Verkörperung gelangt sind.

Man kann sich kaum eine trefflichere Illustration und zugleich eine schärfere Verhöhnung des Systems der erblichen Monarchie denken, als diesen Herrscher von Gottes und der Knute Gnade, den Busenfreund der Pogromisten, den Beschützer der echtrussischen Diebe und Straßenräuber, den Protektor der Henker und der Gefängnisbüttel. Wurde Alexander I., der als Mensch höher stand als viele aus seinem Geschlecht, von diesem System zum Vatermord getrieben, so wird Nikolaus II. an der Weltwende der modernen Umgestaltung Rußlands von demselben System zum Mörder, zum Eidbrecher an den Völkerschaften Rußlands gemacht, und in dieser ihm von der Geschichte auferlegten „Mission" gelangen alle Keime der Grausamkeit, des Menschenhasses, alle Laster und Verbrechen zur Entfaltung, die seine Ahnenreihe in die Seele dieses mit unbeschränkter Herrschermacht ausgerüsteten Degeneranten gelegt hat. Gerade weil die Geschichte ihn am historischen Wendepunkte Rußlands zum Träger der absoluten Regierungsgewalt und damit zum „legitimen" Vertreter aller Privilegierten und Besitzenden gemacht, tritt er durch seine ganze Politik das blöde Märchen von dem „über den Parteien" stehenden Monarchen mit eigenen Füßen in den Staub.

Will man jetzt, anläßlich des „Regierungsjubiläums" des Zarenhauses das Fazit seiner geschichtlichen Bedeutung ziehen, so muß man vor allem die charakteristische Eigenart der letzten Regierung in Betracht ziehen. Hier tritt mit aller Deutlichkeit hervor, daß die nach Selbstbestimmung ringenden Völkerschaften Rußlands in ihrer kulturellen Entwicklung aufgehalten, und daß die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Reiches gehemmt wird. Der Zarismus, als die Verkörperung der korruptesten, unfähigsten, eigennützigsten Form der Regierungsgewalt, als der Vertreter der engen Standesinteressen junkerlich-plutokratischer Sippen, hat sich in den schärfsten Gegensatz gestellt zu allen kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen des 160-Millionen-Reiches. Daran ändert die äußerliche Europäisierung des Staatswesens in ihren pseudo-konstitutionellen Einrichtungen nur sehr wenig. War der Zarismus nach der japanischen Niederlage selbst mit seinen bisherigen Bundesgenossen zerfallen, so steht er jetzt, unterstützt von dem Großgrundbesitz und dem Großkapital, ausgerüstet mit allen Machtmitteln des Militarismus, der Kirche und der Verwaltung, feindselig allen Kräften gegenüber, die den Polizeistaat Rußland, mit seinen Galgen und Kerkern, mit seiner Kulturfeindschaft und Barbarei, in einen modernen Rechtsstaat verwandeln wollen, in dem die treibende Kräfte der kapitalistischen Entwicklung erst zur freien Entfaltung gelangen können.

Die energischste Vorkämpferin einer solchen Entwicklung ist die revolutionäre Arbeiterklasse Rußlands, und eben deshalb richtet sich der ganze Haß des in Nikolaus II. verkörperten Regierungssystems gegen sie. Er klammert sich mit der Angst der Verzweiflung an die überlieferte Gewalt, er zieht aus den ihm nahe stehenden Schichten Verbündete heran, er scheut keinen Eidbruch und kein Blut, um den Ansturm dieses gefährlichsten Feindes von sich abzuwehren. Er kämpft allerdings auch gegen die „Fremdstämmigen": die Polen, die Juden, die Armenier und Grusier; er zertrümmert, alle seine Eide brechend, die Selbständigkeit und die Freiheit Finnlands; er sucht fieberhaft jeder Irredenta in den Grenzmarken vorzubeugen und begünstigt deshalb die chauvinistische, nationalistische Verseuchung der Volksmassen. Aber seinen Hauptkampf führt er doch gegen die Arbeiterklasse, die Trägerin der russischen Revolution. Der Blutsonntag in Petersburg, die Strafexpedition der Revolutionsjahre, der Staatsstreich vom 16. Juni, das Bluturteil gegen die sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, die Zehntausende von Gefangenen und Verbannten, die Massengräber der Arbeiter in den Lenagoldminen sprechen eine beredte Sprache dafür. In dieser Haltung der revolutionären Arbeiterklasse gegenüber scheint der Zarismus instinktiv den Weg gefunden zu haben, den der heutige Entwicklungsgrad des westeuropäischen Kapitalismus ihm weist. Die westeuropäische Börse war es, die den Absolutismus in Rußland 1906 vor der Kapitulation rettete; der westeuropäische Imperialismus ist es heute, der den innerlich faulen russischen Zarismus zu einem Eckstein der Weltpolitik gemacht hat, und den russischen Polizeistaat als einen Schutzwall gegen die steigende Flut der proletarischen Bewegung aufrichtet.

Dieser fundamentale Zwiespalt ist es, der in allen Ländern Westeuropas eine diametral entgegengesetzte Haltung zu der russischen Zarenfeier hervorruft. Die herrschenden Klassen vergessen anläßlich dieser Feier der Romanow-Dynastie alle politischen Gegensätze zu Rußland, denn die Festigung der russischen Monarchie bedeutet auch für sie einen wesentlichen Gewinn. Im schroffsten Gegensatz hierzu nimmt das internationale Proletariat auch zu dieser monarchischen Feier die feindselige Haltung ein. Nicht nur, weil es in dem russischen Zarismus die widerwärtigste, kulturfeindlichste Form des monarchischen Regierungssystems sieht, nicht nur, weil die mörderische innere und äußere Politik des Zarismus den schärfsten Protest herausfordert, sondern vor allem deshalb, weil der Zarismus, trotz seiner europäischen Schönheitspflästerchen, ein wichtiges Hemmnis bildet für den Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung, für den Kampf um den Sozialismus.

Aus der Partei.

Der Wahrheits-Bruhn als Kläger abgewiesen. Der Beleidigungsprozeß des Wahrheits-Bruhn gegen den Reichstagsabgeordneten Wels kam am 25. Februar zur neuen Verhandlung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Er endete mit Abweisung der Klage und Freisprechung des Angeklagten. Anlaß der Klage war ein Flugblatt, das im Herbst 1909 kurz nach Abschluß des Prozesses gegen Dahsel wegen Erpressung und während des Untersuchungsverfahrens gegen Bruhn namens der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde verbreitet worden war. Auf dem in der Offizin des „Vorwärts" gedruckten Flugblatt war der Vorsitzende der Agitationskommission, Genosse Wels, als Verleger angegeben. Das Flugblatt enthielt eine recht scharfe Kritik der im Dahsel-Prozeß festgestellten Haltung der Bruhnschen „Wahrheit" und die Bemerkung, daß die Ermittelungen noch ergeben würden, welche Rolle Bruhn persönlich bei der Erpresseraffäre gespielt hätte. Bruhn wurde als „schon jetzt moralisch verurteilt" bezeichnet. Bruhn erhob wegen dieses Flugblattes durch Rechtsanwalt Brederek am 25. Februar 1910 Privatklage gegen Wels und den Leiter der „Vorwärts"-Druckerei, Richard Fischer. Das Schöffengericht verurteilte am 17. Oktober 1912 Wels als Verleger zu 100 Mk. Geldstrafe, sprach dagegen Richard Fischer frei, weil nicht erwiesen war, daß er von dem Flugblatt vor seiner Ausgabe Kenntnis erhalten hatte. Hiergegen legte Wels Berufung ein. Am 21. Januar war in der Berufungsinstanz Beweis beschlossen. Das Urteil lautete auf Freisprechung. Bruhn habe den ihm obliegenden Beweis, daß Wels vor dem Erscheinen des Flugblattes Kenntnis davon gehabt hätte, nicht geführt. Im Gegenteil wäre durch die ganzen Umstände der Tätigkeit des Angeklagten Wels und andere in der Verhandlung zutage getretene Momente direkt erwiesen, daß seine Kenntnis von dem Inhalt des Flugblattes vor dessen Veröffentlichung ausgeschlossen wäre.

Gemeindewahlsieg. In dem Vogesenstädtchen St. Kreuz wurde am Sonntag, dem 2. März, bei den Stichwahlen zum Gemeinderat den Klerikalen durch unsere Genossen in Gemeinschaft mit den Demokraten eine vollständige Niederlage bereitet. Von den vier zur Wahl stehenden Mandaten fielen drei den Sozialdemokraten und eins den Demokraten zu. Bereits bei den Wahlen im Herbst wurde in diese Zentrumsdomäne Bresche gelegt.

Sozialistische Blindenliteratur. Von der „Neuen Zeit, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Zunge", sind bisher die Nummern von 1 bis 3 erschienen; sie haben u. a. folgenden Inhalt: Vom zweiten Deutschen Blindentag; Die Stellung der Frau im Rechte der Kulturstaaten; Ferdinand Lassalle; Krieg dem Kriege! von P. Richtsteig; Das Werden der Menschheit, von A. Pannekoek; Aus der Gegenwart; Vom Wachstum der Partei; Die Seligkeit der Armut; Kapitalistischer Raubbau; Eine glückliche Position; Aus frommen Gefilden usw.; Die Sozialdemokratie im Urteil der Gegner. Feuilleton: Der Zweifel des armen Mannes, von Simrock; Ein Tag wird kommen! von Ludwig Pfau; Weltenfriede, von Hartleben. Außerdem bringt jede Nummer eine wissenschaftliche Beilage, in der größere Artikel aus dem Gebiete der Geschichte, Nationalökonomie, Naturwissenschaft usw. zum Abdruck gelangen. Der Abonnementspreis der Zeitschrift, die in Brailleſcher Kurzschrift gedruckt wird, beträgt bei sechsmaligem Erscheinen jährlich 3,60 Mk. für Deutschland und Österreich-Ungarn und 4,50 Mk. für die übrigen Staaten. Anfragen und Bestellungen sind an A. Wendt, Berlin N. 20, Wiesenstraße 36 zu richten. Das Blatt wird nicht durch den Buchhandel vertrieben, sondern kann nur von der angegebenen Stelle bezogen werden. Die Parteigenossen werden gebeten, die ihnen etwa bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen.

Der Kampf im Malergewerbe beginnt!

Nachdem der Unternehmerverband im Malergewerbe die Schiedssprüche der Herren v. Schulz, Dr. Prenner und Rath schroff zurückgewiesen hat, trifft er seine Vorbereitungen zu einer allgemeinen Aussperrung. Er versendet zunächst ein Zirkular, in dem es heißt:

„Bis Sonnabend, den 8. März, sind sämtliche in unseren Betrieben beschäftigten Arbeiter zu entlassen. Ausnahmen sollen nicht gemacht werden. Gau I (Norddeutschland) hat am Dienstag, dem 4. März, mit der Durchführung dieses Beschlusses zu beginnen."

Kein Maler, Lackierer oder Anstreicher soll am 5. März mehr beschäftigt werden. Nur durch diese Maßnahme werde „es möglich sein, einen für die Arbeitgeber annehmbaren Tarifvertrag zu erzwingen." Und der Vorsitzende des Gaues I sagt in einem besonderen Rundschreiben:

Siebzehntes Kapitel.

Die Wochen verstrichen viel zu schnell für Ernst Thießen. Er sah Käthe Schümann in ihrer eigenen Wohnung, traf sie, Dank der tatkräftigen und warmen Unterstützung des Herrn Wilkens, in der Elisen-Allee und hatte bei verschiedenen Gelegenheiten die dankbare Aufgabe, sie nach Hause zurückzubegleiten.

Er telegraphierte seinem Vater, sobald angezeigt wurde, daß die „Fortuna" in Port Elisabeth eingetroffen war, um Nachricht über den erlauchten blinden Passagier. Die Antwort — „Schiff verlassen" — bestätigte seine schlimmsten Befürchtungen, aber er akzeptierte gern Frau Königs Meinung, daß der Kapitän mit Rücksicht auf die erklärliche Angst seiner Familie, auf dem ersten heimreisenden Schiff Passage belegt habe.

Kapitän Thießen kam zuerst nach Hause zurück. In den ersten Stunden eines schönen Aprilmorgens dampfte die „Fortuna" langsam in den Hafen von Wellhafen ein und innerhalb sehr kurzer Zeit schwelgte die Stadt in einer Beschreibung von Kapitäns Schümanns erster Reise vor dem Mast, die von Lippen gegeben wurde, die nicht müde wurden, sie zu wiederholen. Unten an der Wasserkante entdeckte Nathan Schmidt, daß er plötzlich zu einem volkstümlichen Helden geworden war, und geriet in seiner Bescheidenheit in große Unruhe darüber, wie seine Tat ans Licht der Öffentlichkeit gezogen wurde. Das war äußerst unangenehm für einen Mann, der in altmodischer Weise ein ruhiges Geschäft betrieb und nicht an den Wert der Reklame glaubte. Er verlor am gleichen Tage drei Einlogierer.

Ernst Thießen war einer von den wenigen Leuten in Wellhafen, für den der Spaß keine Reize hatte, und er bezeugte der Erzählung seines Vaters gegenüber einen so außerordentlichen Mangel an Sympathie, daß dieser ihn schließlich beschuldigte, keinen Sinn für Humor zu haben.

„Ich finde nichts Amüsantes dabei," entgegnete sein Sohn heiß.

Kapitän Thießen wiederholte eine oder zwei ausgesucht hübsche Episoden und bemühte sich sogar, sie näher zu erklären.

„Ich kann nichts Spaßhaftes daran finden," wiederholte sein Sohn. „Dein Benehmen scheint mir sehr beklagenswert gewesen zu sein."

„Was?" schrie der Kapitän, der seinen Ohren nicht trauen wollte.

„Kapitän Schümann war Dein Gast," fuhr der andere fort, „er kam durch einen unglücklichen Zufall auf Dein Schiff und hätte [illegible] als Salon-Passagier behandelt werden müssen."

„Und wohl gar noch um Entschuldigung gebeten werden müssen, daß er überhaupt an Bord kam?" meinte der Kapitän.

„Das hätte jedenfalls nichts geschadet," war die Antwort.

Der Kapitän lehnte sich in seinen Sessel zurück und betrachtete ihn jedoch gedankenvoll. „Ich kann nicht verstehen, was mit Dir los ist, Ernst," sagte er.

„Nur gewöhnliche, verständige Ideen, weiter nichts," sprach sein Sohn verletzt.

„Dahinter steckt etwas mehr," erklärte der andere bestimmt. „Ich mag dieses „liebe deine Feinde" an Dir nicht sehen, Ernst, das stimmt nicht mit Deiner Natur überein. Ist während meiner Abwesenheit mit Deiner Gesundheit immer alles in Ordnung gewesen?"

„Selbstverständlich," erwiderte sein Sohn kurz. „Und wenn Du Kapitän Schümann nicht bei Dir an Bord haben wolltest, weshalb setztest Du ihn nicht an Land? Es würde Dich nicht lange aufgehalten haben. Denke an die Angst und Sorge, die Du der armen Frau König verursacht hast."

„Ein Festtag für sie," brummte der Kapitän.

„Es hat ihre Gesundheit angegriffen," fuhr sein Sohn fort. „Und außerdem, denke an seine Tochter. Sie ist ein geistig sehr hochstehendes Mädchen und ganz Wellhafen lacht über ihres Vaters Mißgeschick."

„Schümann fiel in seine eigene Falle," rief der Kapitän ungeduldig aus. „Und es wird diesem Mädchen keinen Schaden tun, wenn es mal etwas geduckt wird. Wird ihr ganz gut tun. Da wird sie etwas von dem Unsinn verlieren, den sie im Kopfe hat."

„Das ist keine Art und Weise von einer Dame zu sprechen," erwiderte Ernst hitzig.

Der beleidigte Kapitän sah ihn etwas sauer an, dann veränderte sich sein Gesicht, er stand aus seinem Stuhl auf und stellte sich vor seinen Sohn hin, wobei sich in jedem Gesichtszuge Bestürzung malte.

„Damit willst Du mir doch nicht sagen," sprach er langsam, „daß Du irgendwie an Käthe Schümann denkst?"

„Warum nicht?" fragte der andere trotzig, „warum sollte ich nicht?"

Kapitän Thießen gab keine Antwort, pfiff leise vor sich hin und sah ihn noch immer an.

„Ich dachte mir doch, daß ein anderer Grund für Deine Rücksichtnahme vorhanden sei, als „gewöhnlich anständige Ideen", sagte er schließlich. „Wann fing es denn an? Wie lange spielt es schon?"

Herr Thießen jr. gab in einer absichtlich wenig kindlichen Rede zu verstehen, daß diese Scherze nicht nach seinem Geschmack seien.

(Fortsetzung folgt.)

„Alle organisierten Gehilfen, gleichviel, welchem gegnerischen Verbande sie angehören, sind sofort . . . . zu entlassen und kein Mann ist in Arbeit zu stellen, bis die ausdrückliche Aufhebung oder Beendigung der Aussperrung vom Hauptvorstande bekanntgegeben wird.

Lassen Sie sich auch nicht durch sogenannte meistertreue Gehilfen täuschen, die behaupten, „nicht organisiert" zu sein. In 99 von 100 Fällen sind solche Angaben erlogen, und Sie leisten durch die Beschäftigung solcher Gehilfen direkte Beiträge zu den Gewerkschaftskassen, weil die Beschäftigten einen großen Teil ihres Lohnes auf dem Altar der Streikenden abzuliefern haben."

In seltenen Ausnahmefällen soll erst genaue Instruktion vom Vorsitzenden des Unternehmerverbandes eingeholt werden.

Die Scharfmacher des Malergewerbes trauen sich also recht viel zu; warten wir ab, ob ihre Taten mit ihrer Courage im richtigen Verhältnis stehen. Unter der besonderen Überschrift „Zweck und Ziele unseres Kampfes" heißt es dann in dem Zirkular recht anschaulich weiter:

„Wir wehren uns gegen den Übermut der Gehilfen, mit dem schon seit Jahren die Ruhe und Ordnung in unseren Werkstätten zerstört wurde. . . . Seit Jahren haben die Gehilfen, besonders natürlich die sozialistischen, immer mehr steigende Beiträge zu ihren Kampffonds geleistet, um zu einer ihnen passenden Zeit uns mit Hilfe ihrer Millionenfonds mit einem gewaltigen Streik zu überfallen, und uns nach unserer Niederlage die Arbeits- und Lohnbedingungen vorzuschreiben.

Wir wollen den Gehilfen dagegen jetzt die Gelegenheit bieten, ihren rund zwei Millionen zählenden Kampffond zu verwenden, denn noch einmal drei solch traurige Tarifjahre, als wir zuletzt erlebten, sind nicht mehr erträglich. Nach ihrem Ablauf würde der Kampffond aber mindestens 4—5 Millionen zählen. Und wir hätten selbst mit den jetzt verlangten gewaltigen Lohnerhöhungen direkt die Mittel dazu geliefert."

Das ist ein nettes Eingeständnis eines Scharfmachers, der recht unvorsichtig aus der Schule plaudert. Er zeigt sinnenfällig, wie frivol hier ein Kampf vom Zaune gebrochen wird. Nicht darum handelt es sich, die Ansprüche der Arbeiter gerecht zu prüfen, nein, die Gewerkschaftskassen müssen geleert werden, damit die Unternehmer die Ausbeutung noch toller treiben können, wie bisher, wo noch Löhne von 48 Pfg. pro Stunde für gelernte Malergehilfen über 20 Jahren in großen Städten und von 37 Pfg. in Mittelstädten tariflich festgelegt waren.

Darnach wird bei den Unternehmern garnicht gefragt, daß selbst drei Unparteiische unter weitgehendster Berücksichtigung der Unternehmerinteressen eine Lohnerhöhung festsetzten, die die Gehilfen nur schweren Herzens annehmen konnten, nein, sie wollen einen Kampf führen, unbekümmert um die schweren Folgen, die daraus nicht zuletzt für viele kleine Existenzen in den Meisterkreisen selbst entstehen, denen eine günstige Konjunktur verkümmert wird und denen zahlreiche Konkurrenten aus Gehilfenkreisen entstehen. — Daß die Spekulation der Herren auf die Leerung der Gewerkschaftskassen sich nicht wird verwirklichen lassen, werden sie bald sehen, ebenso, daß ein großer Teil der Malermeister den Lockungen der Führer des Unternehmerverbandes nicht folgen wird. Die Gehilfen aber sehen dieser Kraftprobe ruhigen Blutes zu, sie vertrauen auf ihre Solidarität und ihre Organisation.

Gewerkschaftsbewegung.

Weitere Lohnbewegungen im Schneidergewerbe. Einige örtliche Tarifverträge laufen erst zum 1. April oder 15. April ab; in diesen Städten sind Verhandlungen eingeleitet. Außer in den schon gemeldeten Orten ist der Streik ausgebrochen in Bingen und in Neustadt a. d. H. In Annaberg i. S. streiken die Herrenschneider, in Chemnitz die Damenschneider. In Mühlheim a. Ruhr wurde eine Einigung erzielt.

Der Streik in der Lüner Glasmanufaktur dauert unverändert fort. Der Besitzer bemüht sich sehr, Arbeitswillige zu bekommen, doch will ihm das nicht gelingen. Den Arbeitswilligen wird ein Vertrag vorgelegt, nach dem sie versichern müssen, dem Zentralverband der Glasarbeiter nicht anzugehören und während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Lüner Glasmanufaktur weder direkt noch indirekt dem Zentralverbande beizutreten. Im Falle der Zuwiderhandlung soll die Lüner Glasmanufaktur berechtigt sein, eine Konventionalstrafe in Höhe von 25 Mark zu erheben, und die Zugehörigkeit zum Verbande soll zu sofortiger Entlassung berechtigen. Unter Führung des Herrn Amtmann von Bork wird gegen die Streikenden sehr scharf vorgegangen. Bereits vier Streikende haben Anklagen wegen Belästigung von Arbeitswilligen bekommen, und dabei sind bis heute noch keine Arbeitswilligen vorhanden. Die Belästigung wird darin erblickt, daß der Streikposten völlig unbeteiligte Personen gefragt hat, ob sie Glasmacher seien, weil sie in der Nähe der Fabrik vorbeigingen. Und nicht allein die Streikenden nimmt der Herr Amtmann aufs Korn. Am Dienstag, 4. März, muß sich der Vertrauensmann der Bergarbeiter vor dem Schöffengericht verantworten, weil er ohne polizeiliche Genehmigung für die Ausgesperrten eine Sammlung unter seinen Mitgliedern veranstaltet haben soll. In den 12 Wochen des Streiks ist es dem Unternehmer nicht gelungen, Streikbrecher zu bekommen. Gelingt es ihm auch ferner nicht, aus den Reihen der Kämpfenden wird er keine bekommen.

Ein Nachtrag zur christlichen Streikbrechervermittlung in Ludwigsburg. Bei der Streikbrechervermittlung des christlichen Metallarbeiterverbandes für die Firma „Sanitaria" in Ludwigsburg haben der Direktor der Firma und der christliche Bezirksleiter Hand in Hand gearbeitet. Und wenn die große Mehrzahl der christlichen Metallarbeiter es ablehnte, sich zu einem solchen Handwerk herzugeben, so ist das wahrlich nicht die Schuld des Bezirksleiters gewesen. Aber auch jetzt noch arbeiten beide Herren Hand in Hand. Vor einiger Zeit behauptete der christliche Bezirksleiter Gengler, die Streikenden und ihre Angehörigen hätten zu Hause Heimarbeit verrichtet. Auf die an ihn gerichtete Aufforderung, Beweise dafür zu erbringen, blieb er die Antwort schuldig. Nun nach 35 Tagen geht Gengler mit einer Erklärung hausieren, die ihm wahrscheinlich Direktor Teufel ausgestellt hat. Er läßt in der Zentrumspresse und im christlichen Metallarbeiterorgan eine Erklärung der Firma los, in der es heißt: „Bezüglich der Heimarbeit teile ich Ihnen mit, daß, falls Sie die Genossen als Lügner bezeichnen sollen, ich Ihnen jederzeit bestätigen kann, daß einzelne heute noch Heimarbeit fertigen und noch mehrere solche annehmen würden, wenn wir selbst mehr abzugeben hätten." Wieviel Glauben einer solchen Erklärung der Firma beizumessen ist, mag dadurch bewiesen werden, daß die Firma sich vor dem Einigungsamt in Ludwigsburg schon sagen lassen mußte: „daß sie wider Treu und Glauben handelt, daß sie wortbrüchig sei ihren Arbeitern gegenüber". Und einer so allgemein gehaltenen Erklärung sollte Wert beizumessen sein? Wie sollen Schlosser, Dreher, Klempner, Drücker zu Hause Heimarbeit machen? Und andere Arbeiter, abgesehen von ein paar Hilfsarbeitern, kommen nicht in Frage. Die Streikenden selbst erklären die durch Gengler von der Firma verbreiteten Behauptungen als einen ganz gemeinen Schwindel, und sie erwarten, daß endlich einmal das nächstliegende geschieht, daß die Namen derjenigen Streikenden veröffentlicht werden, die Heimarbeit machen und froh wären, wenn sie welche bekommen könnten. Denn darüber kann es keinen Zweifel geben, daß, wenn wirklich einer der Streikenden sich eine solche Handlungsweise hätte zuschulden kommen lassen, er im nächsten Augenblick sofort aus dem deutschen Metallarbeiterverbande hinausgejagt würde. Die Schande von Ludwigsburg bringen die Christlichen nicht mehr weg, und die neuesten Behauptungen, die sie gemeinsam mit dem Herrn Teufel zur Düpierung der Öffentlichkeit in die Welt hinausstreuen, vergrößern nur ihre üble Handlungsweise.

Ein sozialdemokratischer Mörder.

Das Zentrumsblatt „Kölnische Volkszeitung" ist bekannt ob seiner skrupellosen Verleumdung der Sozialdemokratie. Erst kürzlich konnte diese Zeitung nicht genug „Material" zusammentragen, um zu beweisen, daß der Mörder Schuhmeiers das Opfer des sozialdemokratischen Terrorismus geworden sei, während sie allen dokumentarischen Beweis unterschlug, der die Unwahrheit dieser Behauptungen klarlegte. Aber das beste hat sich das wohledle Blatt doch bis ganz zuletzt aufgehoben, die Entdeckung eines leibhaftigen sozialdemokratischen Mörders. In der Abend-Ausgabe vom Mittwoch tischt es seinen Lesern folgende Geschichte auf:

Bei den letzten Reichstagswahlen (!) in Dessau-Zerbst kam es zwischen Eisenbahndirektor v. D. Schrader, Kandidat der freisinnig-liberalen bürgerlichen Linken, und dem sozialdemokratischen Redakteur Käppler des „Anhaltinischen Volksblattes" in Dessau zur Stichwahl, für welche die Sozialdemokraten eifrig agitierten. Besonders bemüht war der in einer Dessauer Maschinenfabrik beschäftigte Schlosser Alois Galbirsch aus Ratibor. Er wohnte mit einem Schlosser, Paul Danisch, im gleichen Quartier, und dieser, ein früherer Schutzmann, hat den Galbirsch erklärt, er sei königstreu und werde in der Stichwahl für Schrader stimmen. In heftigen Auseinandersetzungen suchte Galbirsch den Danisch wiederholt, ohne Erfolg umzustimmen. In seiner Wut darüber veranlaßte Galbirsch zunächst mehrere „Genossen", den Danisch durchzuprügeln. Danisch suchte um Schutz bei dem Ortsschulzen nach, der ihn an den Fußjäger Raguhn verwies. Dieser war jedoch nicht zu Hause. Während dieser Zeit hatte „Genosse" Galbirsch daheim verschiedenen Personen gegenüber erklärt, er wolle den Danisch umbringen. Er schliff zwei Messer und erklärte, daß er diese dem Danisch in den Leib rennen werde. Abends gegen 5 Uhr kehrte Danisch nach Hause zurück. Galbirsch richtete es so ein, daß sie im gemeinsamen Hausflur zusammentrafen. Sofort versetzte Galbirsch dem ahnungslosen Danisch einen Stich in die Herzgegend, und als ihn dieser fragte, warum er ihn steche, noch einen zweiten ins Genick. Bereits der erste Stich in die Brust hatte die beiden Herzkammern des Unglücklichen durchbohrt. Danisch wurde infolge der tödlichen Verletzungen alsbald unfähig, sich zu wehren. Der Schwerverletzte flüchtete in den Hof und brach dort zusammen. Aber Galbirsch ließ noch nicht ab von ihm, sondern vollendete seine scheußliche Tat, indem er ihm, in jeder Hand eines der scharfen Messer, nacheilte und in sinnloser Wut mit beiden Waffen auf ihn losstach. Dann hob er den Danisch wiederholt in die Höhe mit der höhnischen Frage: „Lebst du noch?" Schließlich schnitt er seinem Opfer noch die Kehle durch. Der Mörder wurde in das Amtsgerichtsgefängnis Jeßnitz überführt und gebärdete sich derart, daß man ihn schließlich an Stricken ins Gefängnis schleifen mußte. Die Leiche des getöteten Danisch war von nicht weniger als 28 Stichen durchbohrt. Galbirsch wurde vom Landgericht Dessau zum Tode verurteilt.

Wenn man das so liest, muß man in der Tat sagen: pfui, das sozialdemokratische Scheusal! Und mit einer halb entrüsteten, halb mahnenden Geste fügt die „Köln. Volkszeitung" hinzu:

Diese Abschlachtung eines politischen Gegners lediglich aus dem einen Grunde, weil das Opfer sich geweigert hatte, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, ist noch ungleich roher als das verdammenswerte Attentat am Wiener Nordwestbahnhofe. Wenn man daran erinnert, so soll natürlich mit keinem Worte diese letztere verbrecherische Tat entschuldigt oder beschönigt sein. Es sei damit nur daran erinnert, daß die Sozialdemokraten nicht Ursache haben, ein solches Verbrechen zum Anlaß von Pauschalverdächtigungen gegen andere Parteien zu machen, ebensowenig, wie sie es für sich wünschen können, daß sie für die greuliche Tat Galbirschs pauschaliter verantwortlich gemacht werden.

Es ist ja nun riesig nett von dem Bachemblatte, daß es die Sozialdemokratie für dieses Verbrechen nicht direkt „pauschaliter verantwortlich machen" will. Doppelt schade, daß die Schilderungen seines politischen Hintergrundes von Anfang bis zu Ende erstunken und erlogen sind. Es handelt sich um ein altes Reichsverbandsgewächs, das selbst auf dem elendesten Schindanger nicht mehr gedeiht und nur noch den schwarzen Lumpensammlern des Aufziehens wert erscheint.

Die erste Lüge: der Mord soll „bei den letzten Reichstagswahlen" passiert sein. In Wahrheit ereignete sich der Fall im **März 1907** bei einer Reichstagsersatzwahl, liegt also volle sechs Jahre zurück. Aber das Entscheidende: Der „Sozialdemokrat" Galbirsch wie sein „königstreues" Opfer hatten nämlich ihr Leben lang mit der Politik nichts zu tun. Sie waren polnische, importierte Arbeiter katholischer Konfession, die literweise Schnaps tranken und zu wiederholten Malen in Raufhändel kamen. Ein Zeuge nach dem andern im Schwurgerichtsprozeß trat auf und erklärte, daß man niemals von irgend einer politischen Betätigung oder auch nur politischen Anschauung des Galbirsch und des Danisch gehört habe. Galbirsch hat selbstverständlich nie einer Organisation angehört. Auch nicht der leiseste Anhaltspunkt war im Prozeß zu finden, daß der Mörder Galbirsch ein Sozialdemokrat oder überhaupt nur im entferntesten politisch interessiert gewesen ist. Nach dem Schwurgerichtsprozeß hat die Presse den Rückzug angetreten. Das Blatt, das zuerst die Nachricht über den angeblich „politischen Mord" in die Welt hinausschrieb, das „Anhaltische Tageblatt", mußte am Tage nach der Schwurgerichtsverhandlung selbst einbekennen: „Der Verlauf der Verhandlung hat diese Annahme nicht gerechtfertigt. Wenigstens ist über politische Differenzen zwischen dem Mörder und dem Ermordeten nichts erwiesen worden." Ebenso stellt die amtliche „Anhaltische Harzzeitung" fest: „Keiner der vielen Zeugen vermag zu bekunden, daß Galbirsch und Danisch politische Meinungsverschiedenheiten gehabt hätten." Und die gleichfalls amtliche „Sanderslebner Zeitung" schrieb: „Das Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Galbirsch in Kleinmöhlau wegen Mordes an dem Arbeiter Danisch zum Tode. Es wurde angenommen, daß keine politischen Motive, sondern Rachsucht über bekommene Prügel der Beweggrund zur Tat gewesen sind."

Seit mehr als fünf Jahren stehen all diese Tatsachen fest, aber die „Kölnische Volkszeitung", das „vornehme" Blatt des Herrn Bachem, schreibt frohgemut weiter von dem „sozialdemokratischen Mörder", dessen Tat eine Parallele zum „Mord im Nordwestbahnhof" sei. Angesichts solcher moralischen Verkommenheit ist natürlich nicht zu erwarten, daß sich das Blatt zu einem Widerruf seiner Verleumdungen bequemen wird. Und wenn das auch geschieht, so ist doch eins erreicht: die Geschichte von dem sozialdemokratischen Mörder wird den Weg in die Provinzpresse finden und den gläubigen Schafen die Verruchtheit der Sozialdemokratie beweisen. Es liegt eben System in der Verleumdungstaktik.

Soziales.

Rückgang des Viehbestandes in Westfalen. Nach der vorläufigen Feststellung wurden in Westfalen am 2. Dezember 1912 amtlich gezählt 172 187 Pferde, 720 199 Rinder, 129 430 Schafe, 1 305 932 Schweine. Gegen das Vorjahr stieg die Zahl der Pferde um 1642, die Zahl der Rinder um 6649 Stück; aber die Anzahl der Schafe ging um 8920 und die der Schweine um 121 262 Stück zurück. Dieser Rückgang beweist, wie stark sich bei der erheblich zugenommenen industriellen Bevölkerung Westfalens die Fleischnot bemerkbar gemacht haben muß.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Jahr Gefängnis wegen Verkaufs verdorbener Bücklinge verhängte die sechste Strafkammer des Landgerichts I in Berlin am Sonnabend gegen den wegen eines gleichen Vergehens schon mit einem Monat Gefängnis vorbestraften Kaufmann Friedrich Saagert. Mitangeklagt war der Kutscher Paul Daubitz. Der Angeklagte Saagert verkaufte an eine Handelsfrau Kube einen größeren Posten Bücklinge, die diese jedoch sofort nach Empfang als vollständig verdorben erkannte und dem Angeklagten zurückschickte. Trotzdem sich Saager selbst davon überzeugt hatte, daß es sich um vollständig verdorbene Ware handelte, die die schwersten Vergiftungserscheinungen hervorrufen konnte, verkaufte er die Bücklinge an den Mitangeklagten Daubitz als sogenannte Kreuzware, das heißt beim Räuchern beschädigte Ware. Daubitz bot die lebensgefährlichen Bücklinge auf dem Wochenmarkt zum Preise von 10 Pfg. für vier Stück zum Kaufe an. Die Untersuchung ergab, daß sich die Bücklinge schon in einem breiartigen Zustand befanden, der von vielen Leuten fälschlich für das Zeichen eines besonderen Fettgehalts angesehen wird. Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen von sechs und drei Monaten. Das Gericht ging jedoch erheblich über diesen Antrag hinaus, da gegen derartig skrupellose Geschäftsleute, die eines geringen Gewinns halber das Leben und die Gesundheit ihrer Mitmenschen auf das Spiel setzen, mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden müsse. Das Urteil lautete deshalb gegen Saagert auf ein Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung und gegen Daubitz auf sechs Monate Gefängnis.

Massenabtreibungsprozesse. Vor kurzem wurde von der Strafkammer in Mannheim der Reisende Wilhelm Klamm aus Neuhofen (Pfalz), der Apparate zur Herbeiführung des Abortus vertrieb, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. In seinem Besitz fand man genau geführte Kundenlisten, die dann viele Frauen in schwere Bedrängnis brachten. Gegen 200 Fälle hatte die Anklagebehörde zu behandeln und fast jede Strafkammersitzung sieht Frauen und öfters auch die Ehemänner dazu wegen Verbrechens nach § 218 auf der Anklagebank. Die Frauen werden meist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Darmstädter Studentenschlägerei vor dem Schwurgericht. In der Verhandlung des Schwurgerichts Darmstadt wegen der Studentenausschreitungen am 13. November 1912 sprachen die Geschworenen am 4. März um 10 Uhr den Wahrspruch. Der Ingenieur Bahr aus Soldin, der den Studenten Weiser aus Czenstochau bei der Schlägerei erstach, wurde der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange für schuldig befunden unter Zubilligung mildernder Umstände. Der Student Allstädt aus Frankfurt am Main und der Student Bauer aus Rußland wurden wegen Teilnahme an der Rauferei verurteilt. Bahr erhielt 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis abzüglich 3 Monate und 2 Wochen Untersuchungshaft, Allstädt drei Monate und Bauer drei Wochen Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Die politische Freie Turnerschaft. Durch Verfügung der Polizeidirektion Braunschweig vom 3. Dezember v. Js. wurde die dortige Freie Turnerschaft auf Grund des § 2 Abs. 1 des Reichsvereinsgesetzes aufgelöst. Die Polizei erachtete es als feststehend, daß die Freie Turnerschaft das Ziel verfolge, unter ihren Mitgliedern sozialdemokratische Anschauungen zu fördern und zu festigen, wodurch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt werde. Auch bei den Jugend- und Kinderabteilungen der Freien Turnerschaft handele es sich nicht lediglich um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken, vielmehr sei auch das Kinderturnen, selbst wenn keinerlei politische Sachen dabei getrieben würden, als politisch zu betrachten. Da nach § 18 Ziffer 6 die Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Veranstaltungen mit Strafe bedroht sei, so verfolge die Freie Turnerschaft somit einen Zweck, der den Strafgesetzen zuwiderlaufe und sei daher aufzulösen. — Die Freie Turnerschaft hatte die Polizeiverfügung durch Klage beim Verwaltungsgericht angefochten. Dieses aber machte sich die hanebüchene Polizeilogik völlig zu eigen. Der Arbeiter-Turnerbund Deutschlands, wie die Freie Turnerschaft Braunschweig wurden für politisch erklärt. Der politische Charakter des aufgelösten Vereins wurde gefolgert aus einigen Stellen des Handbuches des Arbeiter-Turnerbundes, aus Flugblättern und der Arbeiter-Turnzeitung. Sätze, die lediglich auf die Werbung von Mitgliedern berechnet waren, wurden in politische umgedeutet. Dann wurden Lieder, in

Henen von Freiheit und Wahrheit die Rede war, als staatsgefährlich befunden, vor allem aber die Arbeiter-Marseillaise. Sogar „Volksfreund"-Artikel, die mit keinem Worte vom Turnen und der Freien Turnerschaft handelten, wurden als Beweismaterial herangezogen, ebenso eine Rekrutenabschiedsfeier des Gewerkschaftskartells, die nicht in der geringsten Beziehung zur Freien Turnerschaft stand.

Das Vereinsgesetz als polizeiliche Waffe. Die Polizei in Posen löste eine Versammlung des polnischen Landwirtschaftlichen Zentralvereins auf, weil die Verhandlungen, wie bisher stets, in polnischer Sprache geführt wurden. Die betroffene Verein ist nicht politischer, sondern lediglich wirtschaftlicher Natur.

Der kaiserliche Gutspächter auf Cadinen hat noch keine Ruhe. Wie der „Gesellige" meldet, hat der Vertreter der Herrschaft Cadinen gegen das dem Pächter günstige Urteil der Zivilkammer des Elbinger Landgerichts in der Klage gegen den Pächter des Cadiner Vorwerks Rehberg, Herrn Sohst, Berufung eingelegt.

Herzlichen Dank Seiner Königlichen Hoheit . . . In dem Frankfurter Vororte Heddernheim wurde dieser Tage ein zehnjähriges Mädchen von dem Automobil des bekannten Großindustriellen Dr. v. Weinberg überfahren und schwer verletzt — der Insasse des Unglücksgefährtes war der Prinz Heinrich der Niederlande. Das Mädchen starb an den erlittenen Verletzungen, und jetzt veröffentlichen die Eltern in Frankfurter Blättern folgende

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und bei der Beerdigung unseres lieben unvergeßlichen Kindes Paula sowie für die überaus zahlreichen Kranz- und Blumenspenden sprechen wir hiermit allen unseren tiefgefühlten Dank aus. — Insbesondere danken wir den Herren Dr. Goldberg und Dr. Glanz für die rasche Hilfeleistung, den Herren Ärzten und Schwestern des Städtischen Krankenhauses für die aufopfernde Pflege während der Krankheit unseres geliebten Kindes und vor allen Dingen herzlichen Dank Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Heinrich der Niederlande, Herzog zu Mecklenburg und Herrn Dr. von Weinberg und gn. Frau Gemahlin für die rege Anteilnahme an dem uns so schwer betroffenen Unfall, ferner danken wir Herrn Pfarrer Hartmann für die trostreichen Worte am Grabe sowie der Lehrerin nebst Mitschülern.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Friedrich Christ.

Frankfurt a. M.-Heddernheim, den 1. März 1913.

Eltern, die einer Königlichen Hoheit herzlichen Dank sagen, die ihnen — wenn auch unabsichtlich — ein „unvergeßliches Kind" totgefahren hat, das ist fürwahr die unbestrittene Rekordleistung auf dem Felde des Byzantinismus!

Glaubensfeindliches Einwickelpapier. In Inzell, einem weltentlegenen bayerischen Gebirgsdorfe, regte sich kürzlich bei einer Kindtaufe der amtierende Geistliche darüber auf, daß die Taufkerze in ein Exemplar der „Neuen Freien Volkszeitung" eingewickelt war, und fragte voller Entrüstung die Anwesenden, ob sie denn kein anderes Papier zu Hause hätten, als ein solches „Saublatt". — Das genannte Blatt ist das Münchener Organ des Bauernbundes und war bis zur Scheidung der bayerischen Bauernbündler vom Zentrum auch bei den Klerikalen wohlgelitten.

Schreckensszenen bei einem Brande in Eastend. Aus London wird gemeldet: Durch eine riesige Feuersbrunst wurden am Dienstag vormittag die Bewohner Eastends in Aufregung versetzt. In einem großen Wohnhause war aus bisher noch nicht ermittelter Ursache ein Brand ausgebrochen, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff und bald das ganze Gebäude erfaßt hatte, so daß dies ein riesiges Flammenmeer bildete. Als die Feuerwehr an der Brandstelle eintraf, schwebten die Bewohner bereits in größter Lebensgefahr. Verschiedene derselben hatten sich bereits durch einen Sprung aus dem Fenster in Sicherheit zu bringen versucht, aus allen Etagen ertönten gellende Hilferufe. Sofort wurden die mechanischen Leitern aufgerichtet und Sprungtücher ausgebreitet. Ein Schutzmann, der auf einer mechanischen Leiter bis zur fünften Etage vorgedrungen war, rettete unter eigener Lebensgefahr mehrere Kinder. Zahlreiche andere Personen, die aus den oberen Etagen den Sprung in die Tiefe wagten, kamen mit geringen Verletzungen davon. Zwei Feuerwehrleute erlitten bei dem Rettungswerk erhebliche Brandwunden, sieben Hausbewohner wurden mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus eingeliefert, während ein Kind bei lebendigem Leibe verbrannt ist. Alle übrigen Bewohner des Hauses konnten dank der heldenmütigen Anstrengung der Feuerwehrleute gerettet werden. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Seemannslos. Der von Blyth in Harstad eingetroffene schwedische Dampfer Lappland hatte in der Nordsee schweres Wetter zu bestehen. Der Steuermann und drei Matrosen wurden über Bord gespült und ertranken.

Oldenburger Landtag.

h. Die 15. Plenarsitzung am Mittwoch hatte 19 Tagesordnungspunkte. Erwähnung mögen hier folgende finden: Das Gesetz für das Fürstentum Lübeck betr. Änderung des Stempelsteuergesetzes ist auch in 2. Lesung angenommen. — Eine Vorlage der Regierung betrifft die Änderung der Bestands- und Aufwandsordnung der Gendarmerie im Herzogtum Oldenburg und Lübeck. Darnach soll der Gesamtbestand der Gendarmerie von 103 auf 115 erhöht werden, bei Abgang durch vorzeitige Einstellung zur Ausbildung Ersatz beschafft und Mittel zum Bau von Gendarmeriewohnungen bereit gestellt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde wieder vom Landtag die Vorlegung des schon früher angeregten Polizeiverwaltungs- und Polizeikostengesetzes gefordert. Berührt wurde der noch bestehende Zustand, daß Arrestlokale in den Gendarmeriekasernen vorhanden sind zur Absitzung der verhängten Arreststrafen als Disziplinarstrafen über Gendarme und gefragt, ob nicht auf die Arreststrafen als Disziplinarstrafe verzichtet werden könne. Die Regierung glaubt diese Strafart beibehalten zu müssen. — Der Innungsverband für das Fürstentum Lübeck petitioniert um gesetzliche Regelung des Submissionswesens. Der Wirrwarr der Meinungen über Weg und Ziel im eigenen Lager der Unternehmer über das Submissionswesen läßt es schwer zu einem befriedigenden Ergebnis kommen. Abg. Steenbock als Berichterstatter trat dafür ein, den Zuschlag bei Vergebung von Arbeiten nicht dem Mindestfordernden, sondern demjenigen zu geben, der einen „angemessenen" Preis fordert. Die Petition wurde als Material der Regierung überwiesen. — Der Berichterstatter des Finanzexposees der Regierung gab dann noch einen Überblick über die Finanzlage des Herzogtums und einen Ausblick auf die Zukunft. Eine Besprechung knüpfte sich nicht an den Bericht, den wir auch hier schon kurz wiedergegeben haben. Der Ausblick auf die Zukunft hat nur Wert, wenn — die Dinge sich so entwickeln, wie man in dem Exposee angenommen hat. Der Landtag wird in seiner nächsten Tagung, wo Steuergesetze zur Verhandlung stehen, genügend Gelegenheit haben, auf die Finanzfrage einzugehen.

Für das Fürstentum Lübeck von besonderem Wert ist eine Vorlage, die jetzt erst vor Schluß dem Landtage zugegangen ist. Sie betrifft den Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen Herstellung einer Eisenbahn von Neustadt (Holstein) nach Schwartau. Die Linie soll die im Fürstentum belegenen Ortschaften Haffkrug, Scharbeutz, Timmendorf und Ratekau mit je einer Station berühren und bei Schwartau in die Eutin-Lübecker Bahn einmünden. Ein Teil des benötigten Grund und Bodens wird vom Kron- und Staatsgut unentgeltlich hergegeben, der übrige Grunderwerb wird auf 283 000 Mk. beziffert.

An Beiträgen haben übernommen:

1. die Stadt Lübeck ein Drittel des Gesamtbetrages, jedoch höchstens 80 000 Mk.,
2. der Ostseebäderfonds bis zu 30 Proz., jedoch höchstens 100 000 Mk.,
3. eine Reihe von Gemeinden des Fürstentums 130 000 Mark, welcher Betrag verhältnismäßig herabzusetzen ist, wenn die Gesammtkosten 300 000 Mk. nicht erreichen.

Hiernach sind auch für den Fall, daß die Kosten 283 000 Mk. betragen sollten, keine Zubußen der Landeskasse erforderlich.

Alsdann hätten beizutragen:

1. Lübeck	80 000 Mk.
2. Ostseebäderdienst	84 900 „
3. Gemeinden	112 633 „
Zusammen	287 533 Mk.

Der Überschuß wäre dem Ostseebäderfonds gutzubringen. Die Vorlage ist dem Finanzausschuß zur Vorberatung übergeben.

Literarisches.

Der weiße Tod fordert Opfer auf Opfer. Eben erst hörten wir, daß Kapitän Scott und seine Begleiter in den eisigen Gebieten des Pols ihren Wagemut mit dem Leben bezahlten. Entsetzlich müssen die Qualen der letzten Stunden jener Helden gewesen sein. Großes erreichten sie, aber es gab keine Heimkehr für sie. Schaudernd vernahmen wir auch die Kunde von dem Ende Mylius-Erichsens und seiner Freunde. Nur sehr wenigen vom Schicksal Erlesenen war es beschieden, dem grausamen Eise zu entrinnen. Kapitän Mikkelsen ist einer dieser Wenigen, aber drei Jahre seines Lebens mußte er opfern und mit nur einem Gefährten mußte er im ewigen Eise Grönlands ausharren, bis er vor wenigen Monaten erst durch ein Wunder gerettet wurde. Nun liegt sein spannender Reisebericht vor uns. Unter dem Titel „Ein arktischer Robinson" ist er soeben bei Brockhaus erschienen (gebunden 10 Mk.). Das Werk nimmt den Leser sofort gefangen und fesselt bis zur letzten Zeile. Staunen und Bewunderung erfüllt uns, wenn wir erfahren, daß Menschen solcher unglaublicher Schwierigkeiten Herr werden konnten, wie es die waren, die Mikkelsen ständig überwinden mußte. Mikkelsen ist ein prächtiger Erzähler, dem man mit großem Genuß lauscht. Da ist nichts Gekünsteltes, keine Pose. Gerade in der lautern Klarheit der Erzählung liegt der Zauber, der von dem Buche ausgeht, das den berühmten Romanschriftsteller Hall Caine so begeistern konnte, daß er Mikkelsens Buch „das menschlichste, am meisten zum Herzen sprechende Werk der ganzen arktischen Literatur" nannte. Die Spannung, in die das Werk versetzt, nimmt gleich auf den ersten Seiten ihren Anfang, und sie steigert sich, bis der Leser endlich die Retter nahen sieht, die dem unfreiwilligen Robinsonleben Mikkelsens ein Ende bereiten. Was er geleistet hat, ist beinahe unglaublich. Er legte auf dem Eise Grönlands einen Weg von über 2000 Kilometer zurück, eine Strecke, wie von Berlin ins innerste Spanien, umbraust von fürchterlichen Schneestürmen, in der undurchdringlichen Polarnacht, rings umgeben von Spalten von bodenloser Tiefe, in die Hunde und Schlitten stürzen. Auf dem langen Wege geht der Proviant aus, die Jagdbeute ist in diesen Eiswüsten spärlich, und bald muß das Fleisch der abgearbeiteten Schlittenhunde zur Nahrung dienen. Aengstlich hält Mikkelsen Ausschau nach den Depots mit Nahrungsmitteln, die vor Jahren für andere Expeditionen angelegt worden waren und die nun seine Rettung sein sollen. Aber der Inhalt der Depots ist verdorben oder durch frühere Besucher geleert. Auch Eisbären haben die Depots vernichtet. Als einziger Hoffnungsstern winkt den vor dem Hungertode flüchtenden Männern das Schiff der Expedition, das im sicheren Hafen liegt und auf dem fünf Kameraden der Heimkehr der beiden warten. Doch kaum sehen sie voll freudiger Erregung den Mast ihres Schiffes zum Himmel ragen, da erfaßt sie das Grauen: sie haben ein Wrack vor sich, und die Kameraden sind spurlos verschwunden! Und nun beginnt für die beiden ein Robinsonleben, das über zwei Jahre währt. Dem Hungertode sind sie entrissen, aber die Heimkehr ist ihnen abgeschnitten, nur ein Wunder kann sie retten. In dieser fürchterlichen, hoffnungslosen Lage bewährt sich der Mannesmut und das sonnige Gemüt, das sich die beiden Einsamen auf der von Stürmen umtosten Felseninsel als größten Schatz zu bewahren wußten. Düster sind die Gedanken an die Zukunft, die immer wieder aufsteigen, und hart ist der Kampf mit ihnen. Alle möglichen Mittel werden versucht, um der Stimmung aufzuhelfen, die leidige Politik, Ansichtspostkarten und sogar Zahnweh sollen dazu dienen, die Mutlosigkeit zu verscheuchen. Rührend ist die Zärtlichkeit, mit der Mikkelsens Begleiter sechs kleine Häslein aufzuziehen versucht, und belustigend sind die Abenteuer mit einer Fuchsfamilie, die sich in der ärmlichen Schutzhütte einquartiert hat. Eisbären machen wiederholt Versuche, die ungebetenen Gäste zu vertreiben. Da, mitten in dem nervenzerrüttenden Ringen mit den trüben Gedanken, vollzieht sich das Wunder der Rettung. Die beiden Männer sind so erstaunt und verwundert, daß sie zuerst an einen Ueberfall durch einen Bären denken, bis Mikkelsens Begleiter ausruft: „Guter Gott, da ist ein Schiff!" Das Buch ist reich mit interessanten bunten und einfarbigen Abbildungen und mit zwei Karten, darunter einer ausführlichen Spezialkarte, ausgestattet. Wieder lernen wir, daß, wer das Vertrauen auf sich selbst nicht verloren hat und Herz und Gemüt rein hält, auch der schwierigsten Lage Herr zu werden vermag.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 5. März.

Bauern-Butter Pfd. 1,40—1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50-1,55 Mk., Hasen 0,00 Mk., Enten 4,00—5,00 Mk Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück — Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. Pfg., Schinken Pfd. 1,15-1,20 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60-70 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stck. 7—8 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf 30—50 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. — Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,60, größere Pfd. 1,40 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,10—1,20 Mk., kleinere 100 Pfg., Aal, große Pfd. 0,00—1,00 Mk., mittlere Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Karautschen Pfd. Pfg., Hechte, große Pfd. —70 Pfg., mittel —90 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Aland Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 40 Pfg., kl. Pfd. 20—25 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. —40 Pfg., frische Pfd. 30—00 Pfg., Butte, größere Pfd. 40 Pfg., kleinere 20—00 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. — Pfg.

Briefkasten.

A. B., Majenfelde. Der Arbeiter-Notizkalender ist vollständig vergriffen. Wir haben deshalb, um Porto zu sparen, die Geldsendung zurückgehen lassen. Expedition.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co, Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Butt (1667
(Stieg 80 Pfg.)
am Freitag, dem 7. März 1913
vormittags von 8 Uhr ab an der
Holstenbrücke, Eutiner Brücke, und Drehbrücke.

Gesucht eine ältere alleinstehende Frau zum Spazierenfahren eines kl. Kindes. Nachm. von 2—6 Uhr.
1656) [illegible] 36, II.

Gesucht sofort oder zum 15. März
ein Tagesmädchen.
1674) [illegible] 14a.

Jg. Frau sucht Beschäftigung
[illegible] B C 30 [illegible] (1652

Am Dienstag, dem 4. März, 3 Uhr, entschlief sanft nach kurzer Krankheit mein lieber guter Mann, unser guter Vater und Großvater

J. C. F. Schwartz

im 77. Lebensjahre.

Auf tiefste betrauert von mir und meinen Kindern
W. Schwartz Ww., geb. Störer
F. Schwartz und Frau.
J. Schwartz und Frau.
W. Schwartz und Frau.
Otto Schwartz.
H. Grube und Frau, geb. Schwartz.
G. Sternal und Frau, geb. Schwartz.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 8. März, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. (1671

Eine freundliche Zwei-Zimmer-Wohnung mit Stall zu vermieten. Preis 160 Mk. (1660
Schönkampstr. 14a.

Zu sofort oder zum 1. April eine **kleine Wohnung** zu vermieten.
1657) Hartengrube 9 S.

Zwei-Zimmerwohnung z. 1. April gesucht. [illegible] Stadt. Angebote unter **Sch. B.** (1663

Zum 1. April eine **2-Zimmer-Wohnung** zu vermieten. Preis 160 Mk. Zu besehen nach 6 Uhr abends. (1[illegible]) [illegible] 1a.

Zwei Glas-Bilder, passend als Geschenk, zu verkaufen.
1664) Westhoffstraße 56, I.

Guterhaltene Sportkarre mit Gummireifen billig zu verkaufen.
1662) Hundestraße 89/93, III.

Eine Kommode zu verkaufen.
1658) Glockengießerstraße 5a, III.

150 Pfd. gr. Bohnen (Windsor) auch pfundweise, u. **20 Grammophonplatten,** so gut wie neu, billig zu verk. (1641) **H. Lange, Mori.**

Gut erhalt. Kinderwagen billig zu verkaufen. (1661
Näheres Hundestr. 105.

☞ **Für Wirte.** ☜
Original-Orchester-Piano wegen Umzug billig zu verkaufen.
1655) Untertrave 68, Lübeck.

Guterhaltener Kinderwagen (Rohrkorb) zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **A B 60** an die Expedition d. Bl. (1659

Damenhüte
werden billigst aufgarniert.
1673) **Mori,** Schulweg 2.

Verloren ein **Portemonnaie** mit 6 Mk. Inhalt. Abzugeben bei **Trahau,** Krempelsdorf 45. (1676

Fertige sämtliche **Haararbeiten** (auch von ausgek. Haaren) billigst an. **Friedrich Bieninda, Friseur.**
14 Fünfhausen 14. (1679

Kleinverkauf von Kalk, Zement, Gips, Rohrgewebe, gelben u. weißen Sand. (1665
J. Dethloff, Wahmstr. 70.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Gratis! Gratis!
Am **Freitag, dem 7.** und **Sonnabend, dem 8. d. Mts.** gebe auf 1 Pfd. meiner vorzüglichen **Margarine** zu **80** oder **90** Pfg. und **1 Brot** zu **50** Pfg.
1 Klöben 1687
im Werte von 40 Pfg.
Gratis! Gratis!
Außerdem werden an die Kinder **Wundertüten** verschenkt.
Mart. Wegner, Hüxstr. 43.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten :
Johannisstraße 46.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
8) **Preise. U. a.:**

Lederhosen . . .	**2.20**—6.45
Maurerhosen . .	**2.60**—6.75
Schlosserhosen	**.1.88**—5.25
Überziehhosen . .	**1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . .	**1.68**—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. **Mützen von 30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**